

Die „Freiheit“ erscheint wöchentlich als Morgenausgabe und Montag als Abendausgabe mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“, „Dramen-Welt“ und „Der Jugend-Welt“. Der Verkaufspreis beträgt bei freier Zulassung ins Haus für den Monat Juli 4,- M., im voraus bezahlt. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten entgegen. Unter Streifenband besorgen für Deutschland, Ostpreußen und Westpreußen sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Litauens 82,- M., für das übrige Ausland 110,- M.

Die abgegebene Kasse oder die ober deren Raum kostet 20,- M., einschließlich Ankersteuer. Kleine Anzeigen: Das letzte Wort 3,- M., jedes weitere Wort 2,- M., einschließlich Ankersteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 12,- M. netto pro Seite. Stellen-Gesuche in Westpreußen: das letzte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M. Verlag: Fernsprecher Roabit 2021. Redaktion: Fernsprecher Rpl. 4167, 4391 u. 159 97.

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Zwischen rechts und links.

Die Reichsregierung steht noch immer da wie der Esel zwischen den beiden Heubündeln. Weder nach rechts noch nach links hat sie sich bisher zu entscheiden vermocht. Ob man nicht das Groteske fühlt, das in der Tatsache liegt, eine Regierungserweiterung nach rechts auch nur zu erwägen in dem Augenblick, wo von rechts der konzentrierte Angriff gegen die Republik und ihre Vertreter erfolgt ist? Offenbar fehlt dem Zentrum und den Demokraten dafür das in diesen Tagen so oft zitierte „psychologische Verständnis“. Sie haben an die Deutsche Volkspartei, deren „Patriotismus“ durch den Artikel „Landesverräter“ in der gestrigen und der heutigen Nummer unseres Blattes so treffend illustriert wird, am Donnerstagabend den folgenden Brief gerichtet:

„Die Rot der Stunde verlangt mehr denn je die Heranziehung aller, die zu williger und tätiger Mitarbeit an der Erhaltung und dem Wiederaufbau des Staates auf dem Boden der heutigen Verhältnisse bereit sind. Innerpolitisch hat der Rord an Rathenau samt seinen Folgen allen Schichten des Volkes die Augen darüber geöffnet, an welchem Abgrunde wir stehen. Vom Ausland haben wir Verständnis und Hilfe nur zu erwarten, wenn die Politik des Reiches von den weitesten Schichten des Volkes unterstützt wird und dadurch die Gewähr für die Schaffung und Aufrechterhaltung dauernder Zustände im politischen und wirtschaftlichen Leben in sich trägt. Wir halten die Zusammenarbeit mit der Deutschen Volkspartei nach den Ausführungen, die die Abgeordneten Heine, Becker und Stresemann in der letzten Zeit im Reichstage über unsere außen- und innenpolitische Lage gemacht haben, für möglich, wenn guter Wille auf allen Seiten vorhanden ist. Wir setzen nach diesen Ausführungen Einigkeit darüber voraus, daß ein Wiederaufbau des Staates und die Fortführung der Sozialpolitik nur auf dem Boden der Verfassung, gemäß der republikanischen Staatsform, möglich ist. Deshalb wird von den in der Regierung zu vereinigenden Parteien jede Agitation gegen die Verfassung der Republik, gegen die Träger der Staatsgewalt und die Embleme des Staates innerhalb und außerhalb des Parlaments zu vermeiden und die Republik gegen jeden Angriff zu verteidigen sein. Dem Staat sind durch das Gesetz zum Schutze der Republik alle Maßnahmen zu gewähren, deren er zur tatkräftigen Verteidigung bedarf. Alle Bemühungen der Regierung, unsere außenpolitischen Verhältnisse auf der Basis internationaler Verhandlungen zu verbessern, sind zu unterstützen. Wir bitten um eine gefällige Beantwortung, ob die Deutsche Volkspartei bereit sein würde, sich auf dieser Grundlage an der Regierung zu beteiligen.“

Das Stegerwald-Blatt „Der Deutsche“, das als einziges bürgerliches Blatt Berlins neben der Arbeiterpresse erscheint, bemerkt in Heftdruck zu diesem Schreiben, daß die Deutsche Volkspartei in ihrer Fraktionsführung am Donnerstagabend beschlossen habe, „dieses Schreiben in zustimmendem Sinne zu beantworten“. Bezeichnend für den Stegerwald-Flügel des Zentrums ist, daß „Der Deutsche“ dieser Mitteilung triumphierend hinzusetzt:

„Damit sind die Mehrheitssozialisten, die offenbar getrachtet hatten, die Verantwortung von sich abzuwälzen, vor

die Frage gestellt, ob sie trotz des Gegendrucks der Unabhängigen die Deutsche Volkspartei zur Regierung zulassen wollen oder nicht. Die Mehrheitssozialisten sind jetzt ihrerseits gezwungen, mit den Unabhängigen über die Absicht zu verhandeln, die diese etwa im Falle ihres Eintritts in die Regierung von ihren bisherigen Forderungen (Diktatur des Proletariats, Ablehnung der Arbeitsgemeinschaft usw.) zu machen geneigt wären. Die Antwort der Deutschen Volkspartei trägt in begrüßenswerter Weise zur Klärung der Lage bei.“

Der „Vorwärts“, der das Schreiben an die Stinnes-Partei gleichfalls abdruckt, weist die Zumutung einer Regierungserweiterung nach rechts mit folgenden Worten energisch zurück:

„Es handelt sich um einen tatsächlichen Gegenzug der bürgerlichen Koalitionsparteien gegen die gleichgerichtete Aufforderung der Sozialdemokratie an die Unabhängigen. Die bürgerlichen Koalitionsparteien sind aber sehr im Irrtum, wenn sie glauben, die gegenwärtige gefährliche Situation durch kleine taktische Kunstgriffe meistern zu können, die fast wie ein schlechter Scherz wirken. Ernstlich kann gar keine Rede davon sein, daß jetzt eine Partei in die Regierung aufgenommen wird, die sich programmatisch zur Monarchie bekennt und die bis in die letzten Tage hinein Arm in Arm mit den Deutschnationalen die Außenpolitik Wirths und Rathenaus bekämpft hat.“

Demnach spihen sich die Dinge immer mehr derart zu, daß nur eine Auflösung des Reichstags und Neuwahlen den Konflikt lösen können.

Im Reichstag war übrigens gestern von einem zustimmenden Schreiben der Deutschen Volkspartei auf die Anfrage des Zentrums und der Demokraten nichts bekannt. Dort erzählte man sich, daß der Stresemann-Flügel der Deutschen Volkspartei sich mit der Absicht trage, mit dem Zentrum eine Art Fraktionsgemeinschaft zu bilden und auf diese Weise seine Zugleichung zur Regierung zu erleichtern, ohne den Zusammenhang mit dem Quack-Flügel der Volkspartei aufzugeben. Diese politische Schnapsidee scheint von der Hundstagschwüle dieser Tage inspiriert zu sein.

Inzwischen steigt der Dollar von Tag zu Tag, sinkt der Wert der Mark, werden Löhne und Gehälter in ihrer Kaufkraft ständig herabgedrückt, treiben wir auch wirtschaftlich katastrophalen Zuständen entgegen.

Wie wir nachträglich erfahren, ist gestern Abend die Antwort der Stresemann-Partei an Zentrum und Demokraten abgegangen. Sie soll sich diplomatisch beziehen auf die in der Anfrage zitierten Reden der Stresemann und Becker, in denen der Standpunkt der Deutschen Volkspartei niedergelegt sei. Diese Reden werden in dem Antwortschreiben so gedeutet, daß eine Zusammenarbeit in der Regierung durchaus möglich sei. Nunmehr werden Zentrum und Demokraten jedenfalls an die Rechtssozialisten mit der Aufforderung herantreten, die Stinnespartei in die Regierung aufzunehmen.

## Die preussischen Schutzgesetze.

Von Emil Rabold.

Die Ermordung des Ministers Rathenau hat auch die preussische Republik aus dem Schlafe geschreckt. Sie schlief unter der Herrschaft der sogenannten großen Koalition einen langen und tiefen Schlaf. Die Deutsche Volkspartei, mit zwei eingefleischten Monarchisten im Ministerium vertreten, hat es ausgezeichnet verstanden, jeden Schutz der Republik zu hintertreiben. Die preussische Verwaltung als Hauptstempel der monarchistischen Reaktion blieb unberührt vom Hauch der neuen Zeit und arbeitete offen und verdeckt gegen ihren Brotgeber, die Republik.

Als dann die Kunde vom dem Mord an Rathenau durch den schon ferienmüden Landtag eilte, bäumte sich eine breite Front gegen das monarchistische Banditentum auf. So wie bisher geht es nicht weiter. Es muß etwas geschehen, wenn es besser werden soll. Das war der Wunsch und scheinbar auch der Wille der Mehrheit des Landtags in den ersten Tagen nach der Mordtat. Zentrum und Demokraten, beide — gerade im preussischen Landtag — höchst zweifelhafte Schutzpatrone der Republik, wandten sich plötzlich energisch gegen die monarchistischen Mordanschläge, und es schien, als seien die deutschnationalen Protektoren der Mordbuben, sekundiert von der Deutschen Volkspartei, im Preußenhause so gut wie isoliert.

Die Arbeiterparteien ergriffen in dieser Situation sofort die Offensive. Preußen mußte von sich aus handeln, konnte nicht erst warten, was das Reich zur Sicherung der Republik beschließen würde. Der Verfassungsausschuß trat zusammen, um zu der Flut der Anträge Stellung zu nehmen, die von den Arbeiterparteien, teilweise auch von Zentrum und Demokraten, zum Schutze der Republik eingebracht waren. In tagelanger Arbeit kamen drei Gesetzesvorlagen und eine Reihe Anschließungsanträge zustande, die dem Plenum nunmehr zur Beschlussfassung vorliegen. Der Ausschuß hat verhältnismäßig gut und rasch gearbeitet. Wenn das Ergebnis seiner Tätigkeit die Arbeiter nicht voll befriedigen kann, so liegt das in erster Linie daran, daß die Deutsche Volkspartei, seit Görlich der Bundesgenosse der Rechtssozialisten, sich gegen jeden ernsthaften Schutzversuch mit Nägeln und Zäunen wandte. Gemeinsam mit den deutschnationalen Mörderfreunden stimmte sie gegen jeden Antrag, der antimonarchistische Tendenzen trug. Zugleich bearbeitete sie zielbewußt und nicht ohne Erfolg das Zentrum und die Demokraten, um wenigstens den Anträgen, deren Annahme sie nicht verhindern konnten, die schärfsten Spitzen abzubrechen. Und mit diesem Schrittmacher der monarchistischen Mordanschläge glauben heute noch gewisse Rechtssozialisten Politik im Interesse der Republik machen zu können! Sie sind unbelehrbar.

Auf dem Gebiete der Amnestie für Straftaten, die von preussischen Gerichten abgeurteilt worden sind, hat der Ausschuß ein Gesetz geschaffen, das Straffreiheit für Taten gewährt, die im Zusammenhange mit den politischen Unruhen im Frühjahr 1921 begangen worden sind. Ebenso soll Straffreiheit denjenigen gewährt werden, die bei der Abwehr des Rapp-Putschs strafbare Handlungen begangen haben, und bisher noch nicht amnestiert sind. Weiter sollen auch die Straftaten, die aus Anlaß der Kundgebungen gegen die Ermordung Erzbergers begangen worden sind, amnestiert werden, dergleichen die Straftaten aus Anlaß des Eisenbahnerstreiks im Februar 1922.

Dieses Gesetz wäre an sich gut, wenn nicht ein weiterer Paragraph wesentliche Einschränkungen machen würde durch Aufzählen solcher Straftaten, die von der Amnestie ausgenommen sind. Es kommen da in Betracht: 1. Straftaten, die lediglich auf Rache oder Gewinnsucht beruhen, Verbrechen wider das Leben, schwere Körperverletzung, Brandstiftung, Gefährdung eines Eisenbahntransportes, verbrecherischer Gebrauch von Sprengstoffen. Die Vertreter unserer Partei kämpften hart gegen die Annahme dieser Bestimmungen, die das Amnestiegesetz zum großen Teil unwirksam machen. Sie brachten zum Ausdruck, daß Verbrecher, die sich eine politische Maske umhängen, um Privatgeschäfte zu machen, von der Arbeiterbewegung zwar ferngehalten werden müßten. Jedoch hätten die Gerichte auch bei rein politischen Vergehen in sehr vielen Fällen absichtlich die Tatbestandsmerkmale des schweren Verbrechens als vorliegend erachtet, lediglich zu dem Zwecke, um die schwersten Strafen verhängen zu können. Gerade die Opfer einer solchen deutschnationalen Rachejustiz müßten in erster Linie in Freiheit gelangen, wenn die Amnestie nennenswerte Bedeutung haben sollte. Vergeblich! Ohne die abschwächenden Bestimmungen hätte das Amnestiegesetz auch im Ausschuß keine Mehrheit gefunden. Es gelang lediglich durchzusetzen, daß den Verurteilten, deren Amnestierung durch die Gerichte verneint wird, das Recht zusteht, sich beschwerdeführend an einen Ausschuß wenden zu können, den das Staatsministerium beruft. Dem

## Deutschnationale Gegenoffensive.

Die deutschnationalen Propagandisten arbeiten systematisch. Erst hegen sie monatelang zum Wort. Ist die von ihnen angeführte Tat geschehen, spielen sie den Scheinheiligen. So lange die Empörung über die Schandtat hohe Wogen schlägt, drücken sie sich wie der Hase vor dem Hagelwetter. Ist die erste Erregung vorüber, werden sie von Tag zu Tag dreister und beginnen mit neuen Propagandakampagnen, wie wir das vorgestern im Reichstage und Landtag erleben haben. Sehr ist ihre Drechtheit bereits wieder so groß, daß sie zur Gegenoffensive vorgehen. Sie haben im Reichstage zwei Interpellationen eingebracht, von denen die eine die Vorgänge in Darmstadt, die andere angebliche Terrorakte von links behandelt, die sich in Thüringen zugezogen haben sollen. Dieses Vorgehen zeigt, daß die Reaktion sich packt fühlt, und die politische Situation bitter ernst ist.

## Große Waffensunde in Hamburg.

MTB. Hamburg, 7. Juli. In Bergedorf wurden im althof Stadt Hamburg und an anderen Stellen der Stadt Riffen gefunden, die neben Stahlhelmen und sonstigen militärischen Ausrüstungsgegenständen auch einige Maschinengewehre mit Ersatzteilen und Traggurten sowie ungeschärfte Handgranaten enthielten. Vier Riffen enthielten Wappatronen. Scharfe Munition wurde abgehoben von einem Rahmen, nicht gefunden. Die Besitzer der Riffen sowie einige an ihrer Unterbringung beteiligte Personen wurden verhaftet.

## Um den Nachfolger Rathenaus.

EP. Washington, 7. Juli. Die deutsche Botschaft dementiert die Gerüchte, wonach die Rolle des deutschen Botschafters v. Wiedefeld mit einer beabsichtigten Ernennung zum deutschen Außenminister zusammenhänge. Wiedefeld werde in Kürze in Begleitung seiner Familie nach Washington zurückkehren.

## Urteil im Mischukowprozess.

Kurz vor Redaktionsschluss wird uns mitgeteilt, daß die Geschworenen im Prozess gegen die ehemaligen russischen Offiziere, die das bekannte Attentat in der Berliner Philharmonie auf Mischukow begingen, sämtliche Schuldfragen bejaht. Das Urteil lautet für den Angeklagten Latorchki auf 12 Jahre Zuchthaus, für den Angeklagten von Schabelski-Vort auf 14 Jahre Zuchthaus.

## Moratorium für Deutschland?

London, 7. Juli. (EP.) Der Korrespondent der „Daily News“ in Berlin glaubt zu wissen, daß Deutschland ein Moratorium für die Bezahlung von 50 Millionen Goldmark verlangen werde, die es am 15. Juli bezahlen sollte. Deutschland sei bereits in diesem Sinne an die Alliierten herangetreten. Nach einer anderen Quelle sei dagegen bis jetzt nur die englische Regierung verständigt worden.

Mailand, 7. Juli. (EP.) Wie der Londoner Korrespondent des „Secolo“ berichtet, ist man in englischen Regierungskreisen lebhaft beunruhigt über die politische und wirtschaftliche Lage Deutschlands, die in dem neuen Marktjahr eine der bedenklichsten Folgen hat. Der britische Kabinettsrat hat sich mit der Prüfung dieser Zustände befaßt. Eine Umsturzbewegung scheint nur vermieden werden zu können, wenn die Berliner Regierung sofort mit aller Tatkraft eingreift. Wenn aber ihre Anstrengungen zur Unterdrückung der sich vorbereitenden inneren Erhebung nicht vom wohlwollenden Verständnis der Alliierten für die deutsche Lage begleitet seien, erhebe eine neue Krise unvermeidlich. Wenn man Deutschland, und damit ganz Europa helfen will, müßten hinsichtlich der Wiedergutmachungen und der Anwendung des Versailler Vertrages Zugeständnisse gemacht werden. England sei sich der großen Gefahr bewußt und deshalb zum Entgegenkommen bereit. Aber Frankreich behält sich seine diesbezüglichen Entscheidungen vor.

Ausschuss steht das Recht zu, die Akten zu prüfen und sich für Straffreiheit auszusprechen, wenn Straftaten zwar unter das Delikt des gemeinen Verbrechens fallen, aber doch aus politischen Beweggründen begangen worden sind.

Zum Schutze der Republik vor den ihren Bestand unterwühlenden reaktionären Richtern und Beamten hat der Ausschuss zwei Gesetze zugestimmt, die das geltende Disziplinargesetz aus dem Jahre 1851, der schwärzesten Zeit der preussischen Reaktion, abändern oder ergänzen. Es wird bestimmt, daß ein Beamter, der die ihm auferlegten Pflichten verlehrt, wenn er Bestrebungen, die auf Wiederherstellung der Monarchie oder gegen den Bestand der Republik gerichtet sind, im Amte, durch Mißbrauch seiner amtlichen Stellung oder in der Öffentlichkeit demonstrativ oder agitatorisch fördert, oder solche Bestrebungen durch Verleumdungen, Beschimpfung oder Verächtlichmachung der Republik oder von Mitgliedern der im Amte befindlichen oder einer früheren republikanischen Regierung des Reiches oder eines Landes unterstützt. Ein Beamter, der sich eines solchen Vergehens schuldig macht, ist im Rückfalle mit Entlassung zu bestrafen. Ähnliche Bestimmungen gelten auch für Richter, Professoren und Privatdozenten. Ein besonders zusammengesetzter Disziplinargerichtshof soll über die einzelnen Fälle entscheiden.

Wertvoll sind dann noch einige Entschließungsanträge. So wird gefordert, daß die leitenden Stellen in Justiz und Verwaltung nur solchen Personen übertragen werden, die unbedingt zuverlässige Anhänger der republikanischen Verfassung sind. Auch das Personalreferat soll in allen Zweigen der Verwaltung nur zuverlässigen Republikanern übertragen werden. Ein weiterer Antrag fordert die Reinigung der Schulbücher von allen Verherrlichungen der Monarchie. Kreisblätter, die monarchistischen Bestrebungen dienstbar sind, sollen die amtlichen Inserate entzogen werden.

Das ist das Wesentliche, was das preussische Parlament nach dem Willen des Verfassungsausschusses zum Schutze der Republik zu tun geneigt ist. Es muß betont werden, daß Preußen sowohl durch die Verfassung als auch durch Reichsgesetze an tief einschneidenden Maßnahmen gehindert ist. Was aber auf Grund der bestehenden Gesetze zum wirksamen Schutze hätte getan werden können, ist durch die Nachverhältnisse im Parlament verhindert worden. Für die Beratungen im Plenum liegen außerdem eine ganze Reihe von Verschlechterungsanträgen vor. Zentrum und Demokraten sind durch die andauernde Bearbeitung durch die Volkspartei noch mehr ins Wanken geraten. So weiß man heute noch nicht, welches Schicksal die einzelnen Anträge im Plenum erfahren werden. Unsere Fraktion wird versuchen, Verbesserungen durchzudrücken und weitere Verschlechterungen zu verhindern. Das Parlament wird bei der Abstimmung nahezu vollständig vorhanden sein. Große Maßnahmen sind auf keinen Fall zu erwarten. Was geschaffen wird, wird Fixierwerk bleiben. Und das nicht zuletzt dank des Wirkens der Volkspartei, die zusammen mit den Rechtssozialisten in der Regierung sitzt und deren ganzes Bestreben dahin geht, die monarchistische Bewegung zu verbreitern, den deutschnationalen Vorparanoiden zu leisten und das alte reaktionäre Beamtenum, den Eckpfeiler der Gegenrevolution, unangestastet zu lassen.

Aus alledem ergibt sich die Lehre, daß der wirksamste Schutz der Republik außerhalb des Parlaments betrieben werden muß.

### Das Reichsrahmengesetz für die Schutzpolizei.

Die Berliner Ortsgruppe des Reichsverbandes der Polizeibeamten befaßt sich in einer öffentlichen Versammlung am Freitag mit dem beschlossenen Reichsrahmengesetz für die Schutzpolizei. Der Referent, Major Becker, lehnte unter dem Beifall der Versammlung dieses Gesetz ab und forderte für die Schutzpolizei das Berufsbeamtenum. Nur durch die Schuld der Organisationskämpfe sei das Gesetz zustande gekommen. Die Volksvertreter seien sich der Tragweite ihres Handelns in keiner Beziehung bewußt gewesen. Die weiteren Redner, Oberwachmeister Dehn und der Generalsekretär Dr. Franke griffen scharf die Leitung des Schradler-Verbandes an. Zwei Mitglieder des Schradler-Verbandes, Betnarek und Hildebrand suchten die Angriffe zu entkräften. Auch diese beiden Redner forderten das Berufsbeamtenum und wandten sich scharf gegen die Kasernierung der Schutzpolizei, die von interessierten Kreisen vertreten würde, um zu verhindern, daß die Polizisten mit den breiten Volksmassen mehr in Berührung kommen, mit ihnen denken und fühlen lernen. Unverantwortliche politische Drahtzieher hätten ein Interesse daran, immer von neuem Janz in die Schutzpolizei zu bringen, um zu verhindern, daß die Schutzpolizei die stärkste Stütze der Republik werde. Systematisch würde gegen den Minister Severing ge-

pultisch. Auf die Einzelrezepte schide man die Unzufriedenen und Querulanten, um die angebliche Unzweckmäßigkeit der Einzelrezepte zu beweisen und die Kasernierung aufrechtzuerhalten. Rundschreiben hätten den Beweis erbracht, daß von bestimmter Seite verschiedenen Stellen Gelder zur Verfügung gestellt worden seien zu erhöhter Propaganda für den Verband der nationalgesinnten Soldaten. Sämtliche Redner verlangten die Einigung der Schutzpolizisten und die Befreiung der Organisationsfreistellung. Die Versammlung beschloß einstimmig folgende Resolution:

„Die am 7. Juli 1922 im Lehrervereinshaus versammelten Polizeibeamten erheben scharfen Protest gegen das Reichsrahmengesetz, das trotz der ausdrücklichen Ablehnung der gesamten Polizeibeamtenschaft verabschiedet worden ist. Besonders verurteilen sie die Art und Weise, in der dies für die Beamtenschaft sowohl wie auch für den Bestand der Republik so außerordentlich wichtige Gesetz durchgepeitscht worden ist.“

Wir sind nach wie vor gewillt, am Aufbau unseres Vaterlandes mitzuwirken, Ruhe, Ordnung und Sicherheit aufrechtzuerhalten und die verfassungsmäßige Regierung mit allen Mitteln zu stützen. Wir verlangen aber die Eingliederung in das Berufsbeamtenum und lehnen eine Sonderstellung und jeden Vergleich mit der Reichswehr grundsätzlich ab.“

### Lehmans Maschinengewehre.

Bei dem Vorlebe des Nordautos zum Rathenau-Mittentat, dem Fabrikbesitzer Küchenmeister in Freiburg, wurden bekanntlich zehn Maschinengewehre, zwei Minenwerfer, 150 Gewehre und 30 Kisten Munition beschlagnahmt. Dazu erklärt der deutschnationale Parteisekretär Lehmann in dem deutschnationalen Freiburger Blatt:

„Ich habe in meiner Eigenschaft als Leiter der Abwicklungsstelle des ehemaligen Zeitfreiwilligenbataillons Freiburg die bei der Auflösung beschlagnahmte eingekaufte Waffen nicht zur Zerstörung nach Leipzig abgefördert, sondern, um sie vor der Zerstörung zu bewahren, im Grundstück des Herrn Küchenmeister am 6. Juni einmauern lassen. Zu der damaligen Zeit die Waffen in der Kaserne nicht sicher genug erschienen, habe ich im Einvernehmen mit Herrn Küchenmeister die Waffen bei ihm untergebracht in der Absicht, sie in späterer Zeit, wenn sich die außenpolitische Lage geändert habe, wieder in die Kaserne zu überführen. Ich rechnete ja damals noch damit, bei der Reichswehr verbleiben zu können, habe die ganze Angelegenheit also vollkommen vom militärischen Standpunkt aus betrachtet. Aus dieser Auffassung heraus habe ich auch seinerzeit das Ersuchen von Herrn Kuchensmeister Selbstschußorganisationen, die etwa im Mai 1920 (?) an mich herantraten mit der Bitte, ihnen die Waffen zu verschaffen, abgelehnt. Im gleichen Sinne hat auch Herr Küchenmeister gehandelt, wenn er die Waffen trotz der doch mehrmals sehr gespannten innerpolitischen Lage, die Waffen nicht zu innerpolitischen Zwecken verwendet und herausgegeben hat.“

In Verbindung mit den Untersuchungen wegen der Automobilenangelegenheit ist das Wessenslager letzten Sonnabend entbedt worden. Die Staatsanwaltschaft mußte natürlich zunächst einen Zusammenhang mit der Morde sache vermuten. Das mit mir angestellte Verhör am Sonnabend aber hat die Sache in obenstehender Weise geklärt, so daß ich auf freiem Fuße belassen worden bin. Ich habe auch sofort in später Abendstunde meine Wohnung der Staatsanwaltschaft zur Hausdurchsicht zur Verfügung gestellt. Die daraufhin vorgenommene Untersuchung, in die natürlich auch das zur Wohnung gehörende Parteibüreau einbezogen werden mußte, hat ebenfalls keine Anhaltspunkte dafür ergeben, daß der Wessensfund in irgendwelchem Zusammenhang mit der Morde sache steht. Durch eine unglückliche Verkettung der Zufälle ist diese zwei Jahre zurückliegende Angelegenheit nunmehr nebenbei mit aufgedeckt worden, wodurch eine schwere und verantwortungsvolle vaterländische Arbeit, die ich jedem Deutschen gegenüber voll und ganz vertrete, umsonst geleistet worden ist.“

Am Interesse einer leidenschaftlichen Behandlung der Angelegenheit liegt es mir persönlich am meisten daran, sofort restlos aufzuklären, daß die ganze Angelegenheit weder mit dem Rathenau-Mord, den Plänen des Herrn Küchenmeister, noch mit der deutschnationalen Parteipartei und seiner gegenwärtigen Stellung irgendwie zusammenhängt.“

Zum Verbrechen fügen die Deutschnationalen nunmehr noch die Verhöhnung. Denn nichts anderes als Hohn spricht aus diesem Reimwortschmuck des deutschnationalen Parteisekretärs. Das schlimmste aber ist, daß die Behörden der Republik sich nicht nur diese Verhöhnung gefallen lassen, sondern selbst noch einen Hohn dazufügen, indem sie diese „vaterländischen Wessenssammler“ immer wieder freilassen. Das Verhalten der Behörden muß wie eine Belohnung und Ermunterung für die Mordeorganisationen wirken, um „ihre schwere und verantwortungsvolle vaterländische Arbeit“ ungehindert fortzusetzen. Daß damit nicht nur der Bürgerkrieg immer näher rückt, sondern auch den Militaristen in der Entente zum Schaden Deutschlands geradezu in die Hände gearbeitet wird — diese Verbrechen an der Republik gehen scheinbar den Behörden nichts an.

### Justizobersekretär Lehmann.

Als der große Lehmann seinem Gelübde, an der Spitze des Heeres zu stehen oder zu sterben, dahin entsprochen, daß er einen Mittelweg einschlug, nämlich weder flehte noch starb, vielmehr besiegte wurde und nach Holland ausstift, da ließ er uns eine Kette kleiner Lehmannen zurück. Er tat es voller Zuversicht, gleichwie einstmalig Schlad den verhassten Christenleuten seinen Diener Lanzelot abtrat, weil er überzeugt sein durfte, daß dieser beim neuen Brotherrn für den alten wirken würde. War doch besagter Lanzelot besonders geeignet, einen so leichtsinnigen Herrn, wie es der neue in seiner Vertrauensseligkeit war, auf Schritt und Tritt in Mißkredit zu bringen und ihn nebenbei auf Grund eines gelegenen Appetits mit Haut und Haaren aufzufressen, damit er nur ja zahlungsunfähig werde und dem Bucherer verfalls. Die in den Leitern der Republik schmarogenden kaiserlichen Lehmannen gleichem jenem Lanzelot in ihrer Untauglichkeit zu nughbringender Arbeitsleistung, doch unterscheiden sie sich von ihm dadurch, daß sie ihre Unfähigkeit mit Vorbedacht noch übertrieben, wo es gilt, die Republik lächerlich zu machen.

Da sieht sich ein Lehmann im Gerichtsgebäude am Alexanderplatz herum. Sein Amt ist, Vereine in das Register einzutragen. Wie nun, wenn die „Volksklimbühne“ das Recht hat, von so verdächtigen Organisationen gegründet zu sein, wie es die Gewerkschaftskommission und der A.F.A.-Bund zweifellos sind? Muß ihr nicht die Eintragung verweigert werden? Sie wird es auch, und zwar mit der Begründung, der Verein sei ein gewinntreibendes Unternehmen! Woronus das geschlossen wird? Nun, daraus, daß in den Statuten ausdrücklich steht, die V.F.B. bezwecke, „bei Ausschaltung aller Gewinnabsichten dem wertvollen Volk Hilfe vorzuführen, die der Freiheitwürde usw. entsprechen“. Da man aber, wie gesagt, der Gewerkschaftskommission und dem A.F.A.-Bund nicht trauen darf, ist klar, daß es sich gerade deshalb um ein gewinntreibendes Unternehmen handelt!

Die V.F.B. wandte sich an unsere Redaktion mit der Bitte, den Fall zu untersuchen. Darauf begab ich mich zum Herrn Justizobersekretär Lehmann und forderte ihn auf, mir seine Handlungswiese zu erklären. Und es sprach der Herr: „Ich (S. M. Lehmann) habe es so befunden!“ Das genügt mir nicht; ich frage nach Gründen. Schließlich gab er sie an: „In den Statuten sei die Rede von „Vorwärtigen“ für Mitglieder und Nichtmitglieder“, und aus diesem „und Nichtmitglieder“ habe er geschlossen, daß Gewinn beabsichtigt sei. Da ein Mann, der mit der Eintragung

von Vereinen beauftragt ist, unmöglich wissen kann, welchen Forderungen ein einzutragender Verein genügen muß und daß ja auch die Volkshilfe Nichtmitglieder zuläßt, daß ferner die V.F.B. diesen strikten Passus wortwörtlich von den Statuten der Volkshilfe übernommen hat, kurz, da ein Beamter, der die Verantwortung für seine Handlungen tragen soll und dafür Gehalt von der Republik bezieht, das unmöglich alles wissen kann, beehrte ich ihn dementsprechend. Er erwiderte, er könne nun nichts mehr ändern, denn er hätte den Antrag bereits gestern kostenpflichtig abgewiesen! Also auch noch, ohne zuvor dem Geschäftsführer — wie das sonst üblich ist — die Möglichkeit geboten zu haben, eine Aenderung an den Statuten vorzunehmen!

Eine solche Amtsausübung ist natürlich nicht mit Unwissenheit allein erklärbar. Obwohl die Republik unter den Schmarogern selbst dann ausräumen müßte, wenn diese wirklich nur aus purer Ignoranz geld- und zeitraubende Verbote aus dem Vermerk schüttelten! Hier liegt aber deutlich und entschieden böser Wille vor, und die Republik gibt ihm Gelegenheit, sich zu betätigen und einem Unternehmen, das von Würdenträgern des Volks für das Volk geschaffen worden ist, Steine in den Weg zu legen!

„Wenn es nicht passe, der könne sich beschweren“, sagte er. Herr Lehmann frist dem Volk das Brot also nur darum weg, damit er ihm Schaden zufüge und es hinterher auf eine Berufungsbehörde abwälze, ihn wieder gutzumachen. Ist es denn nicht raskamer, Herrn Lehmann zum Teufel zu jagen, damit der Schaden gar nicht erst entsteht, die Republik und die Bevölkerung Geld spare und die höhere Behörde nicht an einen verfahrenen, sondern gleich an einen sauberen Karren herangehe? Aber Herr Lehmann hofft vielleicht, daß die ihm übergebene Instanz auch nicht anders entscheiden werde, da sie vermutlich gleichfalls aus Lehmannern besteht, auf die das Wörtchen „Volks“ schwerlich angenehmer wirken wird als auf ihn!

Oder wird — wie es hierzulande vorzugsweise pflegt — unser Lehmann durch die geschilderte Art seiner Amtsführung sich inzwischen soviel Vertrauen erworben haben, daß ihm sein Anspruch auf Beförderung nicht mehr lange bestritten werden wird? Wir werden also in der Berufungsinstanz womöglich schon ihm selbst begegnen, während auf seinem alten Stuhl die heranwachsende Jugend Platz nehmen wird. Daß sie in seinem Geiste wachen wird, beweist sie hinreichend, indem sie sich auf ihren künftigen Richterberuf zwar auch durch das Studium der Rechte, hauptsächlich aber durch die Gründung von Geheimorganisationen und (wie Lubendorffs „Ueber Günther“) durch Briefwechsel mit bankrotten Hofordern vorberichtet.

Doppo Koffer.

### Die Deutschnationale Mörderpartei.

Die Deutschnationalen werden nicht müde, immer wieder zu versichern, jede Gemainschaft mit den Mörderzentralen abzuleugnen. Freilich das Belastungsmaterial spricht so klar für eine Mordehilfe der Deutschnationalen, daß alle Frechheiten und Lügen nichts mehr helfen. So hat vorgestern der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Kuttner neue, aufsehenerregende Enthüllungen über die deutschnationale Mörderpartei gebracht, denen wir — nach dem „Vorwärts“ — folgendes entnehmen:

In Osnabrück ist ein Mann namens Hörlein schuldig geworden, der im dringenden Verdacht der Teilnahme an der Ermordung Erzbergers steht. Wahrscheinlich ist er neben Schulz und Tilleßen als dritter Mittäter zu betrachten. Jedenfalls wird er gerade von seinen nationalisistischen Gefinnungsgenossen dafür angesehen. Dieser Hörlein ist ins Ausland entkommen, und zwar durch die Unterstützung der deutschnationalen Parteiorganisation in Osnabrück. Die Führer dieser Organisation sind verhaftet worden. Es handelt sich um den deutschnationalen Parteisekretär Landwehr und den deutschnationalen Fabrikanten Feiz Froembling sowie um eine dritte Person, deren Mischuld aber nicht feststeht und die aus der Haft entlassen worden ist. Die beiden Verhafteten sind jedenfalls geständig, daß sie dem Hörlein in der Annahme, daß er an der Ermordung Erzbergers beteiligt ist, mit Geld und falschen Papieren zur Flucht verholfen haben. Darüber hinaus aber haben sie gestanden, daß der deutschnationale Landtagsabgeordnete Major Henning in der gleichen Annahme wie sie, daß es sich um einen Mischuldigen am Erzberger-Mord handelt, die Flucht Hörleins unterstützt und finanziert hat.

Wird Herr Hergt, der Führer der Deutschnationalen, immer noch die freche Stirn haben, die vollkommen zutreffende Bezeichnung seiner Partei als Mörderpartei „eine Verletzung der heiligen Prinzipien“ der Deutschnationalen zu nennen?

### Dank der Fürsorge Kahrs und Pöhners.

Der sozialdemokratischen „Münchener Post“ wurde folgender Drohbrief zugesandt:

Ihr rotes Gesindel! Alle müßt ihr weg! Der nächste ist der Auer. Wie haben ja sehr gut: Ludendorff, Kahr und unser Verchenfeld sowie der Offiziersbund helfen uns, daß nichts aufkommt. Deutnant U., der Mörder von Garis, ist heute noch in Freiheit, dank der Fürsorge Kahrs und Pöhner, die ihn dingten. Dem Offiziersbund könnt ihr nichts anhaben, eher verreckt ihr alle! Ihr rotes Gesindel! Graf von Z.

Zur selben Zeit ist, wie die „Münchener Post“ noch mitteilt, dem „Bayr. Kurier“, einem durchaus monarchistischen Blatte, ebenfalls eine Drohung durch Postkarte überwiesen, die folgenden Wortlaut hat:

Seht kommt dann ihr dran, ihr Juren, Papst- und Judenmische! Ihr vaterlandslosen Kämmling! Die Hunde werdet ihr abgeschlachtet! Rache, blutige Rache. Hoch! (Zwei Hakenkreuze.)

Gerade die Tatsache, daß selbst gestohlene monarchistische Blätter mit derartigen Drohungen bedacht werden, zeigt, welche Gefahr die baprischen Mörderzentralen bilden. Bezeichnend ist dabei, daß diese Kreise immer von „unserem Verchenfeld“ sprechen, wozu sie allerdings berechtigt sind, wenn man bedenkt, wie sich dieser Verchenfeld im Reichsrat bei der Beratung des Schutzgesetzes für die Republik benahm. Umso mehr müßte die Reichsregierung Bayern gegenüber alle Augen offen halten.

### Großer Wahlsieg der USPD in Straßburg.

Nicht nur die Stadtverordnetenwahlen in Bittenberge am verfloffenen Sonntag haben der unabhängigen Sozialdemokratischen Partei einen beträchtlichen Stimmen- und Mandatszuwachs gebracht, sondern noch weit größer war der Erfolg unserer Partei bei den am gleichen Tage vollzogenen Stadtverordnetenwahlen in Straßburg (Waldemar). Bei einer Beteiligung von 88 Proz. der Stimmberechtigten entfielen auf die USPD, 1333 Stimmen (11 Mandate), SPD, 77 (kein Mandat), Deutschnationale 697 (6 Mandate), Beamtenbund 292 (2 Mandate), Jungsozialpartei 632 (5 Mandate). Die Bürgerlichen, die bei den letzten Wahlen ihre Listen verbunden hatten, gewannen 1 Mandat, die SPD verlor ihre bisher innegehabten 5 Mandate und die USPD gewinnt 4 Mandate.

Ein ungeheures Stadtoberhaupt. Der Bürgermeister der Stadt Derenburg im Harz namens Wegener wurde wegen Veruntreuung von Geldern zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

### Der Untertan.

Wonach sie sich sehnen.

In einem Lesebuch für Fortbildungsschulen finden wir aus der Zeit des verstorbenen Wilhelm zur gest. Benutzung folgenden Vorwort:

An Se. Majestät.  
Bosserode, am 24. Oktober 1907.

Alleruntertänigstes Gesuch des Gastwirts Heinrich Bromm zu Bosserode bei Hönnebach (Bez. Kassel) um Strafverfolgung seines Sohnes Otto Bromm.

Allerdurchlauchtigster, Großmächtigster Kaiser und König! Allergnädigster Kaiser, König und Herr!

In tiefster Ehrfurcht wagt es ein bekümmertes Untertan, dem Throne Ew. Kaiserlichen und Königl. Majestät sich zu naßen. (Folgt Inhalt.)

Ew. Kaiserliche und Königl. Majestät wollen allergnädigst geruhen, die über meinen Sohn Otto verhängte Gefängnisstrafe von seht ab huldvollst zu erlassen.

In tiefster Ehrfurcht verharret Ew. Kaiserlichen und Königl. Majestät alleruntertänigster Heinrich Bromm, Gastwirt.

An Seine Majestät den deutschen Kaiser und König von Preußen Wilhelm II. zu Berlin.

Es ist angesichts der krampfhaften Bemühungen rechtsradikaler Kreise, die Monarchie wieder zu errichten, ganz angebracht, ein solches „prachvolles“ Zeugnis schleimiger Unterwürfigkeit in die Erinnerung zurückzurufen.

Keine politischen Versammlungen in der Berliner Universität. Im Hinblick auf die jüngsten Ereignisse bringen Rektor und Senat der Berliner Universität den Senatsbeschluss vom 20. Dezember 1920 in Erinnerung, wonach politische Versammlungen innerhalb der Universität untersagt sind. Wie weiter betont wird, haben die in jenem Beschlusse zugelassenen Ausnahmen bis auf weiteres auf Genehmigung nicht zu rechnen.

Tagesthemen.

Das Komitee der Berliner „Jüdischen Kultur-Liga“ beantragt heute, am 8. Juli, 8 Uhr abends, in den Räumen des Borochow-Haus, Hainstraße 159, eine Besetzung der jüdischen Romanistiksekretärin Rachel Feigenberg-Steinberg, die nach ihrem noch unvollständigen Studium „in den Ufern des russischen Zepher“ verweilt.

Das Komitee der Berliner „Jüdischen Kultur-Liga“ beantragt heute, am 8. Juli, 8 Uhr abends, in den Räumen des Borochow-Haus, Hainstraße 159, eine Besetzung der jüdischen Romanistiksekretärin Rachel Feigenberg-Steinberg, die nach ihrem noch unvollständigen Studium „in den Ufern des russischen Zepher“ verweilt.

Das Komitee der Berliner „Jüdischen Kultur-Liga“ beantragt heute, am 8. Juli, 8 Uhr abends, in den Räumen des Borochow-Haus, Hainstraße 159, eine Besetzung der jüdischen Romanistiksekretärin Rachel Feigenberg-Steinberg, die nach ihrem noch unvollständigen Studium „in den Ufern des russischen Zepher“ verweilt.

Das Komitee der Berliner „Jüdischen Kultur-Liga“ beantragt heute, am 8. Juli, 8 Uhr abends, in den Räumen des Borochow-Haus, Hainstraße 159, eine Besetzung der jüdischen Romanistiksekretärin Rachel Feigenberg-Steinberg, die nach ihrem noch unvollständigen Studium „in den Ufern des russischen Zepher“ verweilt.

Das Komitee der Berliner „Jüdischen Kultur-Liga“ beantragt heute, am 8. Juli, 8 Uhr abends, in den Räumen des Borochow-Haus, Hainstraße 159, eine Besetzung der jüdischen Romanistiksekretärin Rachel Feigenberg-Steinberg, die nach ihrem noch unvollständigen Studium „in den Ufern des russischen Zepher“ verweilt.

Das Komitee der Berliner „Jüdischen Kultur-Liga“ beantragt heute, am 8. Juli, 8 Uhr abends, in den Räumen des Borochow-Haus, Hainstraße 159, eine Besetzung der jüdischen Romanistiksekretärin Rachel Feigenberg-Steinberg, die nach ihrem noch unvollständigen Studium „in den Ufern des russischen Zepher“ verweilt.

Das Komitee der Berliner „Jüdischen Kultur-Liga“ beantragt heute, am 8. Juli, 8 Uhr abends, in den Räumen des Borochow-Haus, Hainstraße 159, eine Besetzung der jüdischen Romanistiksekretärin Rachel Feigenberg-Steinberg, die nach ihrem noch unvollständigen Studium „in den Ufern des russischen Zepher“ verweilt.

## Parteistimmen zur Reichskonferenz.

Der Kreisverein der U.S.P. Groß-Dresden versammelte am Dienstag 150 Funktionäre zur Stellungnahme über den Beschluß der Reichskonferenz. Gegen 13 Stimmen wurde folgender Beschluß gefaßt:

„Die heutige Funktionärskonferenz billigt die ablehnende Haltung der Dresdener Delegierten auf der Reichskonferenz in der Frage der Koalitionsregierung. Das wichtigste Erfordernis zum Schutze der Republik ist die Aktionsfreiheit der Masse, die durch einen Eintritt in eine Koalitionsregierung gestürzt, sondern geschwächt wird. Die Funktionärskonferenz erachtet die Mission der U.S.P., die Arbeiterbewegung auf den Boden des konsequenten Klassenkampfes zurückzuführen, keineswegs für erledigt und verpflichtet sich, im Sinne der Erfordernisse dieses Klassenkampfes mit allen Mitteln zu wirken. Bei der Abwehr archaischer und republikfeindlicher Bestrebungen wird die U.S.P. nach wie vor in geschlossener Front mit der gesamten Arbeiterklasse den Kampf aufnehmen.“

erner wurde in einer weiteren Resolution verlangt, daß in Zukunft bei Entscheidungen von derartiger Wichtigkeit ein außerordentlicher Parteitag einzuberufen ist.

Am gleichen Tage saßen die Genossen in Frankfurt a. M. gegen 4 Stimmen folgenden Beschluß:

„Die heutige Versammlung der U.S.P. Frankfurt a. M. mißbilligt aufs schärfste den Beschluß der Reichskonferenz, der einen Eintritt der U.S.P. in die Koalitionsregierung bezweckt. Die Versammlung verurteilt ferner die Mehrheit der Reichskonferenz unterließ, bei ihrem Beschluß zum Eintritt in die Regierung Forderungen aufzustellen, die in den aktuellen Tagesfragen unseres Leipziger Manifestes niedergelegt sind. Im weiteren spricht die Versammlung der Reichstagsfraktion als auch der Reichskonferenz das Recht ab, derartige, die Existenz der Partei in Gefahr bringende Beschlüsse zu fassen. Ein solches Recht kann nur dem Parteitag zustehen.“

Die Redaktion unseres Frankfurter Parteiblattes fügt diesem Beschluß folgende Erklärung an:

„Da die politische Redaktion unseres Blattes den Beschluß der Reichskonferenz begrüßt unter der selbstverständlichen Voraussetzung, daß die Durchführung der Arbeiterforderungen zum Schutze der Republik als unerlässliches Minimalprogramm gefordert wird, hat die Pressekommission unseres Blattes zu diesem Beschluß sofort Stellung zu nehmen.“

Die „Düringische Tribüne“, unser Parteiblatt in Gera schreibt:

„Was aber dem Eintritt der Unabhängigen Sozialdemokratie in die Regierung ihre historische Bedeutung gibt, das sind nicht die voraussetzlichen parlamentarischen Folgen dieses Ereignisses, sondern die Tatsache, daß sich im Zusammenhange damit unzweifelhaft eine Annäherung der beiden sozialistischen Parteien vollziehen wird, die von günstigstem Einfluß auf die von allen Arbeitern sehnsüchtig herbeigewünschte Wiedervereinigung des ganzen Proletariats sein muß. Die Bourgeoisie verdammt ihren Einfluß nicht so sehr ihrer eigenen Stärke, sondern vielmehr der Schwäche der Arbeiterklasse, die wiederum eine Folge der Spaltung ist. Man darf sich die weitere Entwicklung leicht nicht so vorstellen, daß der organisierte Zusammenschluß der beiden sozialistischen Parteien im handumdrehen, fortgesetzt über Nacht, kommen wird. Die Spaltung der Arbeiterbewegung in Deutschland war keine Zufallserscheinung, sondern das Ergebnis einer bestimmten geschichtlichen Entwicklung. Die wirtschaftlichen und die politischen Zustände in Deutschland müssen sich erst wieder so gestalten, daß der Zusammenschluß der bisher getrennt machenden Herrschaften eine unbedingte und nicht mehr ausweichbare Notwendigkeit wird.“

## Die Elternbeiratswahlen in Dresden.

Vergangenen Sonntag haben an den Dresdener Volksschulen die Elternbeiratswahlen stattgefunden. Der Wahlkampf, der ihnen voranging, war außerordentlich scharf. Die christlichen Elternvereine hatten alles in Szene gesetzt und mit den überlieferten Vorurteilen den Kampf gegen die weltliche Schule geführt. Nach den vorliegenden Ergebnissen hat es ihnen wenig genützt. Gegenüber den Wahlen im vergangenen Jahr hat die weltliche Schule einen bedeutenden Fortschritt errungen. Während 1921 488 christlichen Vertretern nur 463 weltliche Vertreter gegenüberstanden, brachten es die Vertreter der weltlichen Schule bei den gestrigen Wahlen auf 495 Vertreter gegenüber 502 christlichen Vertretern. Die Differenz ist demnach von 25 auf 7 zugunsten der weltlichen Schule herabgesunken. Das Resultat ist um so erfreulicher, wenn man bedenkt, daß nur der Umstand, daß an den orthodoxen katholischen Schulen das Resultat für die Christlichen außerordentlich günstig ist, den kleinen Vorsprung der Christlichen bedingt.

Bedauerlich ist, daß die Wahlbeteiligung eine geringe war. Hätten die Arbeiter sich in größerer Anzahl an der Wahl beteiligt, dann wäre das Endergebnis noch bedeutend günstiger ausgefallen, die weltliche Schule hätte ohne Zweifel einen vollen Sieg davongetragen.

## Monarchistischer Geist in den Gymnasien.

Bekanntlich hat die Preussische Regierung am Beerdigungstage Rathenau für alle Schulen kurze Trauerferien angeordnet. Wie dieser Anordnung in den Gymnasien, die ja als Brutstätten des monarchistischen Geistes bekannt sind, nachgegangen wurde, darüber folgende, durchaus zuverlässige Mitteilung: Im Lichterfeldeer Schlegelgymnasium hielt der Direktor vor den Kindern eine Ansprache, in der er folgendes ausführte:

„Ich bin von der Regierung aufgefordert (1) worden, eine Gedenkfeier für den Minister Rathenau abzuhalten. Ich verurteile das Verbrechen als solches, aber für unser Land ist der Tod dieses Mannes eine große Wohltat.“

Wie sind neugierig, ob diesem sonderbaren „Bädagog“ das Handwerk gelegt und er vor den angeordneten Staatsgerichtshof gestellt wird.

## Sie pfeifen auf Verordnungen . . .

Wir erhalten folgende Zuschrift:  
Zum Schutze der Republik erläßt die Regierung Verordnungen, nach denen sich jeder strafbar macht, der durch Wort und Schrift die Regierung verächtlich macht oder schädigt.

Die Direktion der Firma A. Borjig, Berlin-Tegel, vertritt offenbar den Standpunkt, daß sie die Republik schädigt, wenn sie Ansprüche eines Ausländers zur allgemeinen Kenntnis bringt, die jeder deutsche Republikaner als Verräterung und Herausforderung im schlimmsten Sinne auffassen muß. Damit jeder weiß, welche politische Richtung hinter dem Ausspruch steht, wird das Blatt noch besonders mit einem schwarzweißen roten Rande versehen. Der Spruch lautet:

Der 9. November.

Man schautet bei der Erinnerung an diesen Tag. In Zukunft werden seine Schatten Jahr für Jahr alle e. H. n. Germanen verfolgen.

An diesem Tag geriet das stärkste, stolze Reich der Erde zu einem Feind, der seitdem von seinen Feinden mit empfindlicher Grausamkeit und Verachtung behandelt wurde. Wann wird der Tag andrennen, an dem ein Deutscher, der es offen wagt, die Er-

## Innerung an diesen Tag zu preisen, von seinem Volke gesteinigt wird?

Soen Hedln 1921.

Wir empfehlen den zuständigen Behörden, sofort diesem gefährlichen Unfug entgegenzutreten, soll nicht durch die provozierte und völlig berechtigte Selbsthilfe der Belegschaft schlimmeres eintreten. Vielleicht erhöht die Deffektivität einmal, wieweil die Firma Borjig bereits durch Staatsaufträge an der Republik verdient hat?

## Den Kommunisten ins Stammbuch.

Bekanntlich hat keine Partei gegen die angenommene Getreideumlage mehr gewettert als die K.P.D. Sie stimmte denn auch mit den Deutschnationalen zusammen gegen die Getreideumlage. Unsere Partei hat in richtiger Würdigung der politischen und wirtschaftlichen Situation trotz der Unzulänglichkeit für das Gesetz gestimmt, weil die Umlage neben der wirtschaftlichen Bedeutung auch gleichzeitig eine Niederlage der Monarchisten und Reaktionäre bedeutete. Wie recht wir damit hatten, das hat niemand besser bekräftigt als der Vorsitzende des „Landbundes“, der Landtagsabgeordnete Dr. Kauschold. Er führte auf der unlängst stattgefundenen Tagung des Landbundes in Braunschweig folgendes aus:

„Wenn es noch etwas gibt, um ein Feind des Umlageverfahrens zu werden, so ist es vielleicht der Grund, den ich aus dem Berliner „Vorwärts“ anführe. Der „Vorwärts“, das Organ der Reichstagsfraktion der Sozialdemokraten, schreibt in seiner Nr. 114 vom 7. Mai über das Umlageverfahren wörtlich folgendes:

„Die Arbeiterklasse wird keinesfalls in eine Befreiung des Umlageverfahrens einwilligen können, ohne sich selbst, damit die gesamte deutsche Produktion und letzten Endes die Republik auf das schwerste zu schädigen.“

Meine Damen und Herren, wenn wir mit der Befreiung des Umlageverfahrens auch gleichzeitig die Republik und ihre „glorreichen“ Errungenschaften befehligen könnten, dann wäre ich in allererster Linie dafür. (Lebhafte Beifall und Handelszeichen.) Meine Damen und Herren, Sie sehen also, es geht sogar um die Republik! (Große Heiterkeit.) Wir sind mit aller Entschiedenheit Gegner dieses Umlageverfahrens.“

Werden die Kommunisten nun endlich begreifen, warum es bei der Getreideumlage ging, und daß sie mit ihrer Haltung diejenigen unterstützt haben, die bei den Worten: Es geht um die Republik in große Heiterkeit ausbrechen? —

## Die Moskauer Justizschande.

Das Ausscheiden der russischen Verteidiger aus dem Moskauer Prozeß.

Der Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre in Moskau geht seinen logischen Gang. Den ausländischen Verteidigern sind nacheinander ihre russischen Kollegen gefolgt. Nachdem am Dienstag, den 20. Juni, Delegationen der auf höheren Befehl demonstrierenden Volksmengen im Gerichtssaal vom Vorstehen empfangen worden sind und der letztere und auch der Ankläger Krylenko die Ansprachen der Delegierten in ungewöhnlich partieller Weise beantwortet hatten, somit das Gerichtstribunal sich in ein Volksmeeting verwandelt hatte, blieb den russischen Verteidigern nichts anderes übrig, als gegen dieses Tribunal Einspruch zu erheben und die Vertagung der Gerichtsverhandlung zu beantragen. Die Ablehnung dieses Antrages hat nun die Verteidiger trotz der Androhungen von Repressalien veranlaßt, mit Zustimmung der Angeklagten aus dem Prozeß auszuschleichen. So sieht dieses heroische Häuflein von Angeklagten, moralisch gestützt einzig durch die Kinneinheit ihrer nächsten Verwandten, ganz allein im großen Volksversammlungsraum da, gegenüber der tausendköpfigen feindlichen Menge von ausgewählten Zuhörern, gegenüber den Anklägern in der Gestalt der zweiten Gruppe derjenigen Angeklagten und deren Verteidigern gegenüber den offiziellen Anklägern, den Vertretern der III. Internationale und dem Tribunal selbst. Und trotzdem ungeachtet der drohenden Todesstrafe wehren sie sich mutig ihrer Haut und scheuen nicht, dem triumphierenden Bolschewismus bittere Wahrheit ins Gesicht zu schleudern. Mehr als je sind sie auf den Schutz des internationalen Proletariats angewiesen.

Indes hat endlich, wie der an anderer Stelle abgedruckte Brief beweist, auch beim großen russischen Schriftsteller Gorki das Gemessen sich geregt. Auch er hat für die Sozialrevolutionäre seine Stimme erhoben.

## Herr Gessler berichtet.

Das Reichswehrministerium teilt uns zu dem Brief des Abgeordneten Genossen Kändler mit:

Die Behauptung, daß beim Eintreffen der Kunde von der Ermordung Rathenaus ein Sektgelage in der Marineschule Mürowitz stattgefunden hat und Rufe auf Kaiser und Monarchie ausgebracht seien, ist frei erfunden.

Am Sonntag, nicht Sonnabend, saßen Offiziere beim Mittagessen etwas länger als sonst wegen Geburtstag zweier Offiziere beisammen. Es wurde kein Sekt, sondern etwas Wein getrunken. In einer Ansprache eines Offiziers wurde ausgeführt: Die Gemüter sind sehr erregt über die Mordtat, die auf das höchste zu beklagen ist und zu unübersehbaren Folgen führen kann. Es ist unsere Pflicht, ob rechts oder links, zusammenzuhalten und die Ruhe zu bewahren. Ende des Besammens 6.30 Uhr mit einem Hoch auf das deutsche Vaterland. Der in den Berichten besonders erwähnte Kommandeur, Kapitän Werner Messen, war seit 16. Juni auf Urlaub verreist. Strafantrag gegen die Verbreiter der Verleumdung folgt. Gessler.

Also nicht am Sonnabend, sondern am Sonntag waren die Offiziere beisammen, und zwar tranken sie nicht Sekt, sondern Wein. Daß auch Reden gehalten wurden, kann Herr Gessler nicht abstreiten, aber — und wer erwartet es anders — die Offiziere hatten nicht die Ermordung Rathenaus verherrlicht, sondern nur ein Hoch auf die deutsche Republik ausgebracht. Im übrigen wollen wir dem Reichswehrminister gegenüber bemerken, daß seine fortgesetzten Berichtigungen nicht vermögen, uns irgendwie und nach irgendeiner Richtung hin zu überzeugen.

## Der Mörderhauptling Gejäs.

Budepest, 7. Juli. Ueber den jetzt statfindenden Prozeß wegen der vor zwei Jahren in Ujgat erfolgten Ermordung jüdischer Bürger teilt das Budepester Korrespondenzbüro mit, daß sich aus den bisherigen viertägigen Verhandlungen folgender Tatbestand ergebe:

Die Täter gehörten weder der regulären Armee noch der Gendarmen an; sie waren die mehr oder weniger wenig organisiert organisierten Bürgerwehren. Der Reserveoberleutnant von Gejäs übernahm in einem früher verfaßten Protokoll die volle Verantwortung für den Befehl zur Hinrichtung der Opfer. Als Grund für die Hinrichtung gab er an, daß die Betreffenden den Rumänen anderthalb Millionen Kronen angeboten hätten, wenn diese die Befreiung um drei Wochen verlängerten. Er habe jedoch Rückzettel nicht nur nicht gestattet, sondern sie aufs strenge verboten und sei in ihm bekannt gewordenen Fällen handrechtlich dagegen vorgegangen. Die Hauptverhandlung hat den Tatbestand des begangenen Raubes nach den bisherigen Zeugnissen festgestellt, desgleichen auch, daß die Hinrichtungen während der rumänischen Besetzung in antinationaler Richtung sehr tätig waren. Das Urteil ist nächste Woche zu erwarten.

## Die SPD. zum Tode Däumigs.

Der Vorstand der SPD. hat an unsere Reichstagsfraktion folgendes Schreiben gerichtet: „Zu dem Tode Ernst Däumigs sprechen wir Euch unser herzlichstes Beileid aus. Weder hat sich die Hoffnung auf Wiederherstellung Däumigs nicht erfüllt. Der Tod hat seiner so kurzen parlamentarischen Tätigkeit ein Ziel gesetzt. Däumig wird in der Geschichte der sozialistischen Bewegung Deutschlands wegen seiner unerwüthlichen Tätigkeit für die politische Aufklärung der Arbeiterklasse stets ehrenvoll genannt werden.“

## Kriegsschuld vor der französischen Kammer.

In der französischen Deputiertenkammer wurde in den letzten Tagen die Frage der Kriegsschuld lebhaft erörtert. Der Kommunist Baillant-Louturier hatte in einer leidenschaftlichen Rede Poincaré scharf angegriffen und unter anderem erklärt, daß die damalige französische Regierung keineswegs so schuldlos sei, wie sie sich hinstelle, daß sie vielmehr einen Teil der Schuld am Ausbruch des Krieges habe. Ihm traten nicht nur verschiedene bürgerliche Abgeordnete entgegen, sondern auch der Ministerpräsident Poincaré. Auch der frühere Minister Viviani, der in die Debatte eingriff, wehrte sich sehr energisch gegen den Vorwurf, als ob Frankreich nicht alles getan hätte, um den Krieg zu verhindern. Bis zum letzten Augenblick habe die französische Regierung ihre Truppen zehn Kilometer von der Grenze zurückgezogen. Ja, als der russische Botschafter Iswolsti unmittelbar vor Kriegsausbruch ins Elisee gekommen sei und gefragt habe, ob Frankreich auf Grund seiner Allianzverträge den Krieg erklären werde, habe ihm Poincaré geantwortet, Frankreich werde dies nach seiner Ansicht nicht tun. Ganz anders sei das Verhalten Deutschlands und Oesterreichs in jenen Tagen gewesen. Deutschland habe in bezug auf die Neutralität Frankreichs unverschämte Forderungen gestellt (der Redner spielt dabei auf die verlangte Besetzung von Toul und Verdun an) und Oesterreich habe den Vorschlag Greys auf Einberufung einer Konferenz in London zur Verhütung des Krieges abgelehnt.

Im Gegenzug zu diesen Beteuerungen Vivianis und Poincarés von der Friedensliebe Frankreichs, weist der kommunistische Delegierte Marcel Cachin auf einen Brief des russischen Botschafters Iswolsti aus dem Jahre 1912 hin, wonach man in Paris sich zu wundern beginne, weil Rußland damals keine Vorbereitungen gegenüber Oesterreich getroffen habe. Frankreich habe also schon im Jahre 1912 an Krieg gedacht, als Rußland nicht daran gedacht habe.

Das Resultat der Debatte war, daß die Kammer mit 532 gegen 65 Stimmen eine Tagesordnung Costeleanu annahm, die folgenden Wortlaut hat:

„Die Kammer weist mit Entschiedenheit und Beachtung die Verleumdungskompagne zurück, die zugunsten Deutschlands organisiert und entwickelt worden ist, um Frankreich die Verantwortlichkeit für den Krieg aufzubürden entgegen den offenen Tatsachen und den festgestellten Umständen, wie sie im Versailler Vertrag niedergelegt und in der Sitzung des Reichstages vom 10. Mai 1921 bestätigt worden sind.“

## Das Programm der englischen Arbeiterpartei

In der „Sozialist Review“ steht Trevelyan das Programm der englischen Arbeiterpartei auseinander, wenn diese zur Macht gelangen werde. Das Programm umfaßt folgende Punkte: Anerkennung Sowjetrußlands und Gewährung von Krediten, Revision des Versailler Vertrages unter den Auspizien des Völkerbundes, Rückzug der englischen Rheinarmee und die Initiative für die allgemeine Abrüstung, Rationalisierung der Bergwerke und Eisenbahnen, kostenloser Besuch der Mittel- und Hochschulen für Befähigte, schrittweise Rationalisierung des Grundbesitzes, progressive Kapitalsteuer, Aufhebung der Verbrauchs- und indirekten Steuern, Ratifizierung der internationalen Verträge durch das Unterhaus.

## Völkerbund und Abrüstung.

Paris, 6. Juli. Die beiden Unterausschüsse des gemischten Ausschusses des Völkerbundes für die Abrüstung trafen gestern nachmittag zusammen. Der erste Ausschuss stellte den Wortlaut der Entschlüsse über die Herstellung von Waffen und über die Verwendung giftiger Gase im Kriege fest. Der zweite Ausschuss besprach den Abrüstungsbericht von Lord Fisher. Die Vollversammlung wird heute eine Sitzung abhalten.

## Kleine Politik.

Ein großes Waffenlager wurde in einem Magdeburger Villenviertel entdeckt. Neben 15 Maschinengewehren wurden etwa 500 Gewehre und eine Unmenge Munition gefunden.

Bei den Zusammenstößen in Jwoizau nach der großen Demonstration am Dienstag wurden insgesamt fünf Personen getötet. Die organisierte Arbeiterklasse hat eine Arbeiterwehr ins Leben gerufen, die in der Hauptsache aus Betriebsräten, Gewerkschafts- und Parteifunktionären besteht.

Die Preissteigerung. Infolge der neuen Erhöhung der Kohlenpreise haben nun auch die Städtspresse vom 7. Juli ab eine wesentliche Erhöhung erfahren. Naturnotwendig wirkt diese Erhöhung der Düngemittel preissteigernd auf die Lebensmittel.

Die Sarotti-Aktien-Gesellschaft in Berlin hat sich mit der Danziger Norddeutschen Schokoladenfabrik zur Gründung einer Sarotti-Fabrik in Danzig zusammengeschlossen. Sarotti hat die Mehrheit der Aktien. Das neue Unternehmen soll in der Hauptsache Danzig, Polen und die Randstaaten beliefern.

Furcht vor der deutschen Konkurrenz. Englische Baumwollspinner suchten Lord George auf, um mit ihm die durch den neuen Markt Textilarbeiter wesentlich geringer sind als die der englischen, seien gesetzgeberische Maßnahmen in Großbritannien gegen die deutsche Konkurrenz notwendig.

Verantwortlich für die Redaktion Emil Rauch, Berlin, für den Anzeigen- und geschäftliche Mitteilungen Ludwig Ramstein, Berlin. — Verlagsanstellung: „Freiheit“ e. V. m. b. H., Berlin. — Druck: Verlags- und Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

**M. SCHULMEISTER**  
Hochbahnstation Kolbfuser Tor  
10 billige Tage vom 1.—12. Juli in  
Herren-, Jüngl.- u. Knabenkleidung  
— nur einmal im Jahre —  
Buchhandlung „Freiheit“, e. v. m. b. H.,  
berlin SW., Urbanstraße 7  
(nahe Gellertstr. Tor)  
Alle Bestellungen erlösen wir von jetzt an nur nach ein oblige Abrechnung.



### „Landesverräter.“

Der Patriotismus der Industrie.

Long Sender, Frankfurt a. M.

Am Vortage der gestrigen Nummer war auf das lägenhafte Getöse der deutschen Großindustrie hingewiesen worden, die sich mit Worten sehr patriotisch gebärdet, aber für schändlichen Profit das Vaterland und die deutsche Wirtschaft ohne Bedenken an den „Feind“ verkauft. Dem im gestrigen Artikel enthaltenen Material folgt nachstehend weiteres.

#### II.

Die Gebrüder Stamm GmbH, die größte Hüttenzeche des Saargebietes, hat 60 Proz. ihrer Werke an die französische Gruppe Beconaug veräußert.

Die Mannesmann-Röhrenwerke (berühmt aus der Vorkriegszeit durch ihre eifrige Förderung des deutschen Imperialismus) haben 60 Proz. ihres Besitzes an die französische Montangruppe Societe des Acierles et Usines à Tubes de la Sarre verkauft. In der neu gegründeten Aktiengesellschaft mit Sitz in Paris besitzen Mannesmann noch 1/3 des Kapitals.

Die Aktienmehrheit des Eisenwerk Kraus in Stolzenhagen war bisher im Besitz des Fürsten Donnersmarck und ist nunmehr übergegangen auf den Konzern William Müller u. Co. in Rotterdam.

Großes Aufsehen erregte auch die Ueberfremdung der zur Beckr-Gruppe gehörenden Steinoblenbergwerke Akt.-Ges. in Bochum. Die bisher im Besitz des Stahlwerk-Becker-Konzerns befindliche Aktienmehrheit ging an ein schweizerisch-deutsch-französisches Konförium über. Das Stahlwerk Becker verkaufte seine 25 Millionen Stamm- und 5 Millionen Vorzugsaktien zum Preise von 180 Millionen und will sich mit diesem Gelde zwei Werke der Stahlwerk-Verfeinerungsindustrie angliedern. Bei dem erwerbenden Konförium beträgt der deutsche Anteil nur 30 Millionen von den 180 und dasselbe Konförium hat einen Posten von 20 Millionen Mark nominal Aktienkapital des Stahlwerks Becker selbst übernommen, womit die Ueberfremdung auch auf das Stammwerk selbst ausgeht.

Interessant ist, daß auch hierbei ein Kohlenlieferungsvertrag besteht, und zwar für Lieferung von etwa 8000 Tonnen nach der Schweiz zum Selbstkostenpreis plus 5 Proz. Vermittlungsgebühr!

Die Phönix-Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb hat 30 Millionen Mark Nominal-Aktienkapital an die Königl. Niederländischen Hochofen und Stahlfabriken abgetreten.

Ganz besonders interessieren dürfte die starke Ueberfremdung der Felten u. Guilleaume Carlswerk A.-G., Köln-Mülheim, deren Aktienkapital zur Hälfte die AEG. und zur Hälfte die Arbed-Ges. zusammen mit der französischen Societe Metallurgiques des Terres Rouges in sich hat. Im Aufsichtsrat dieser Terres Rouges sitzt auch Herr Jean Schneider von der bekannten Firma Schneider-Creusot, dem französischen Krupp! Hier haben wir bereits die vollendete Verbrüderung der deutschen Großindustrie mit den stärksten kriegsinteressierten Frankreichs. Der Zweck heiligt die Mittel, und dieser heilige Zweck, der über alle mit noch so viel Geräusch hinausgeschrien Ideale siegt, heißt Profit!

Wir haben uns darauf beschränkt, im einzelnen diese Beispiele aus der Schwerindustrie als der bedeutendsten aufzuführen. Die gleiche Entwicklung vollzog sich auch in anderen

Industriezweigen, insbesondere in der Dehlmühlenindustrie, der Stärkemittelindustrie u. a.

Zum Schluß aber muß noch mit Nachdruck hingewiesen werden auf eine neugebildete Interessengemeinschaft der deutschen und französischen Farbstoffindustrie. Hierüber erfährt man auf dem Umwege über die „Chicago Tribune“ folgendes:

„Das deutsche Farbstoffkartell besteht aus sieben bekannten großen Firmen, die die Verhandlungen mit der französischen Compagnie Nationale des Matieres Colorantes et Produits Chimiques führten, die unter der Kontrolle der französischen Regierung steht.“

Das deutsche Farbstoffkartell hat sich durch diesen Abschluß verpflichtet, der französischen Gesellschaft in weitestem Maße technische Unterstützung zu gewähren. Die deutschen Firmen sollen alle nötigen Angaben über das Herstellungsverfahren synthetischer Farben zur Verfügung stellen und außerdem durchgebildete deutsche Chemiker in französische Fabriken senden, damit die Herstellung der Farben überwaht werden kann. Als Gegenleistung ist die Compagnie Nationale, ohne unter der Kontrolle des deutschen Farbstoffkartells zu stehen, verpflichtet, den Gebrauch vieler Farbstoffe auf Frankreich und die französischen Kolonien zu beschränken und an das deutsche Kartell einen Teil ihrer Gewinne abzugeben.“

Man wird sich erinnern, mit welchem Stolz sich der deutsche Nordpatriot und Spießer während des Krieges brüstete ob der Leistungsfähigkeit der deutschen Chemischen Industrie, und wie verächtlich er glaubte urteilen zu dürfen über die Anstrengungen des Auslandes, sich von der deutschen Einfuhr durch Eigenfabrikation freizumachen. Noch größer aber war die zur Schau getragene Entrüstung über die Aufhebung des Patentschutzes durch die Entente-Länder und insbesondere durch Frankreich während des Krieges. War es für den Eingeweihten schon damals klar, daß durch die Preisgabe des Patentschutzes allein noch lange nicht auch die ganzen Methoden des Herstellungsverfahrens preisgegeben waren, weil dazu die Bekanntgabe der Patentschrift usw. nicht ausreicht, sondern das viel Wesentlichere ist die exakte Kenntnis der praktischen Erfahrung über die Produktionsmethode. Was aber sagen die Säureier von damals nun zu dem Vorgehen der kartellierten deutschen Chemischen Industrie?

Wenn die Betriebsräte Einblick und das Recht der Mitbestimmung verlangen, dann weiß man stets vor der entscheidenden Türe den eisernen Vorhang des „Betriebsgeheimnisses“ herunterzulassen, um ihm, dem Mitarbeiter und Landesbruder, jeden Einblick zu verweigern. Hier aber werden dem französischen Konkurrenten vom deutschen Farbstoffkartell die sonst strengst behüteten Fabrikationsgeheimnisse preisgegeben, die deutschen Fabriken sind sogar verpflichtet, deutsche Chemiker nach Frankreich zu entsenden, wohingegen die Verpflichtungen der französischen Unternehmung der Kontrolle des deutschen Kartells nicht unterliegen. Allerdings — das deutsche Kapital erhält einen Teil der französischen Gewinne! Das Zauberwort „Profit“ hat wieder einmal die heiligen Tore gesprengt!

Herr Helfferich hat doch recht — das Kapital kennt kein Vaterland. Denn der deutschen Volkswirtschaft werden durch das Vorgehen der Chemischen Industrie, wie auch durch den Prozeß der Ueberfremdung die schwersten Schäden zugefügt. Auf einige derselben sei hier kurz hingewiesen:

Der ausländische Besitzer in Deutschland gelegener Unternehmungen errichtet Ein- und Verkaufsgesellschaften im Ausland und liefert die Rohstoffe an das in Deutschland gelegene Werk zu teuren Preisen, so daß der größte Teil des Verdienstes im Ausland bleibt.

Die Dividenden der in ausländischen Besitz befindlichen Aktien fliehen ins Ausland und verschlechtern somit die deutsche Zahlungsbilanz.

Außerdem aber erfolgt die Steuerzahlung für diese Erträge aus deutscher Arbeit im Ausland. Das Abfließen dieser Kapitalen vermehrt nicht nur die Steuerlast der Arbeitenden, sondern vermindert auch die Kapitaleubildung zur Fortführung und Erweiterung des Produktionsprozesses.

Ein weiteres Moment sehr ernstlicher Gefahren für die deutsche Wirtschaft bildet die Wahrscheinlichkeit, daß in Zeiten der Krise der ausländische Aktienhaber ein Interesse daran haben kann, zunächst die in Deutschland liegenden Werte stillzulegen, um die in seinem Land befindlichen noch weiter arbeiten lassen zu können, wie überhaupt die Geschäftsführung sich ausschließlich von den Gesichtspunkten der ausländischen Interessen leiten läßt.

Die Schäden für die deutsche Wirtschaft sind ohne weiteres ersichtlich, für das deutsche Proletariat aber kommt der weitere Schaden hinzu, daß der Kampf gegen die ausländischen Ausbeuter sehr viel schwieriger und mit allen Möglichkeiten diplomatischer Konflikte belastet ist.

Die deutsche Republik hat nicht nur ihre besten Verteidiger nicht zu schützen vermocht, sie konnte auch die Verschäuerung deutscher Wirtschaftsgüter an das Ausland nicht verhindern. Wie lange soll noch gezögert werden mit der Verteilung des Reiches an den Sachgütern und mit der eifrigsten Inangriffnahme der Sozialisierung? Soll erst alles ins Ausland verschleudert werden?

### Marktsturz und Reparationen.

Der „Frankfurter Zeitung“ wird von ihrem Pariser Vertreter gemeldet, daß der neuerliche Fall der Mark in der Pariser Finanzwelt lebhaft besprochen werde. Wenn die neue Katastrophe auch von London und New York auszugehen scheint, so glaube man in der Pariser Finanzwelt doch, die tiefere Ursache in Ausschüttungen und der Verwerfung der deutschen Spekulation erblicken zu sollen, die teils in gemollter Absicht, teils aus Furcht vor dem Steigen sich bemühen, die Mark unter ihren wirklichen Wert zu drücken. Daß die am 15. Juli fällige Reparationsnote von 50 Millionen Goldmark die Ursache an dem Marktsturz sei, wolle man in diesen Kreisen nicht gelten lassen. Der Berichterstatter der „Frankfurter Zeitung“ fügt hinzu, man übersehe offenbar, daß der Wert einer Goldmark heute bereits 100 Papiermark übersteige und daß zur Beschaffung der fälligen Reparationszahlung eine Summe von 5 Milliarden Papiermark, fast die Hälfte der gesamten monatlich einkommenden deutschen Steuern nötig sei.

Die französischen Politiker sollen nach derselben Quelle durch den neuen Marktsturz sehr beunruhigt sein und einen völligen Zusammenbruch der deutschen Finanzen und im Gefolge damit schwere Verwicklungen in der Reparationsfrage fürchten. Die Erkenntnis, daß die französische Politik gegenüber Deutschland eine andere werden müsse, gewinne an Boden. Frankreich werde nie die gewolligen Summen erhalten, die nur in der Einbildung unverantwortlicher Finanzexperten existiert hätten und die Schließungen annehmen müssen, die es bisher verschmäht habe. Es sei höchste Zeit zur Abkehr von Irrtümern des Vertrages, wenn man nicht den Bankrott des Kapitalismus und den Triumph der Theorien von Moskau wolle.

Somit, die Pariser Meldung. Sie ergibt, daß in Paris immer noch beide Anschauungen miteinander streiten und daß es einstweilen noch gute Wege hat, bis sich die Vernunft durchsetzen wird.

### Die Wahlen in Holland.

Amsterdam, 7. Juli. Die gestrigen Wahlen zur Zweiten holländischen Kammer ergaben nach einer vorläufigen nicht-amtlichen Feststellung folgendes Ergebnis gehabt: Rechtsparteien 48, Sozialisten 25, Linksliberale 11, Kommunisten 3, verschiedene kleinere Parteigruppen 13 Mandate.

### Unter fremden Menschen.

Von Maxim Gorki.

Eingig autorisierte Uebersetzung von August Scholz. International Copyright 1918 by Ullstein & Co., Berlin.

(103. Fortsetzung.)

Das Pferd, eine alte, zerprügelte Schindmähre, stand, ganz mit Schaum bedeckt, wie eingegraben da — alles machte, mit einem Wort, einen unerträglich lächerlichen Eindruck. Grigorij's Leute hielten sich die Seiten vor Lachen, als sie ihren Vorgesetzten mit seiner aufgelakelten Dame und dem betrunkenen Kutsher sahen. Nur Foma lachte nicht — er stand neben mir in der Tür eines Ladens und murmelte vor sich hin:

„Nun hat das Schwein sich doch verschleppen lassen . . . und dabei hat er eine Frau zu Hause, eine schöne Frau!“

Der Kutsher drängte in einem fort, sie sollten endlich fahren, das Mädchen aber stieg aus der Droschke, hob Grigorij auf, bettelte ihn auf ihren Schoß und schrie, ihren Schirm durch die Luft schwingend:

„So — nun fahren wir los!“

Die Leute, die Grigorij wohl beneideten und sich in ihrer gutmütigen Weise über ihn lustig machten, gingen auf Fomas Anruf hin wieder an ihre Arbeit; ihm selbst war es offenbar unangenehm, Grigorij in dem lächerlichen Zustande zu sehen.

„Das nennt sich nun Arbeitgeber!“ brummte er. „Vor Ablauf eines Monats ist die Arbeit beendet, dann geht's ins Dorf zurück — aber nein, er hat's nicht ausgehalten . . .“

Schämte mich für Grigorij — dieses Mädchen mit den Kirschen auf dem Hute nahm sich neben ihm gar zu kläglich und abgeschmackt aus.

Ich dachte öfters: Warum ist eigentlich Grigorij Shishlin der Unternehmer und Foma Tuschlow nur einfacher Arbeiter? Kräftig, von hellem Teint, mit lockigem Haar, klugen grauen Augen und einer kühn geschwungenen Adlernase in dem runden Gesicht, sah Foma gar nicht wie ein Bauernbursche aus — in besseren Kleidern hätte er als ein Kaufmannssohn aus guter Familie gelten können. Er hatte etwas Finsternes und sprach wenig, doch was er sagte, hatte Hand und Fuß. Er konnte lesen und schreiben, führte die Bücher seines Arbeitgebers, machte die Bauanschläge für ihn und verstand es, die Genossen zur Arbeit anzutreiben, arbeitete jedoch selbst nicht gern.

„Alle Arbeit kann man doch nicht schaffen, so viel davon gibt's.“ sagte er ruhig.

Von Büchern hielt er nicht viel:

„Drucken lassen kann man alles mögliche, ich täufte dir aus, was du willst — alles dummes Zeug . . .“

Er hörte jedoch auf alles mit großer Aufmerksamkeit, und wenn ihn etwas interessierte, so fragte er eingehend nach allen Einzelheiten, hatte dabei aber stets seine eigenen Gedanken

und legte an alles seinen eigenen Maßstab an. Einmal sagte ich zu ihm, es wäre doch richtiger, wenn er der Unternehmer wäre und nicht Grigorij.

„Ja, wenn man sogleich Tausende verdienen könnte!“ erwiderte er lässig — „dann lohnte es sich noch. Aber um ein paar Groschen halber mit den Leuten herumzulaufen, das ist kein Geschäft. Nein, ich seh mich noch ein Weilchen um, und dann geh ich nach Drank, ins Kloster. Ich bin ein hübscher, kräftiger Bursche — vielleicht gefallt ich irgendner Kaufmannsrau, einer Witwe, und mache mein Glück. So was kommt öfter vor, ein Bursche aus Siergaj hat es in zwei Jahren erreicht und hat dann später ein reiches Mädchen hier aus der Stadt geheiratet. Wie sie das wunderbärtige Bild in die Häuser trugen, hat sie sich ihn anerkennen . . .“

Er hatte sich das alles genau zurecht gelegt und kannte eine ganze Anzahl solcher Geschichten von Klosternovizen, die es auf gleiche Weise „zu etwas gebracht“ hatten. Mir gefielen diese Geschichten so wenig wie überhaupt Fomas Denkwürdigkeiten, doch glaubte ich ihm schon, daß er ins Kloster gehen würde. Als jedoch der Jahrmarkt eröffnet wurde, trat Foma zu unser aller Ueberraschung als Kellner in ein Restaurant ein. Seine ehemaligen Arbeitsgenossen ermangelten nicht, ihn deshalb ihren Spott fühlen zu lassen — des Sonntags, wenn sie ihren Tee trinken wollten, hieß es:

„Kommi, Kinder, nun gehen wir zu unserm Landsmann!“ Und kamen sie dann hin, so riefen sie gebieterisch:

„Heda, Kellner! Du, Vodenopf, komm' mal her!“

Er kam und fragte, den Kopf in den Nacken werfend:

„Was steht zu Diensten?“

„Sag' mal, hast du uns nicht erkannt?“

„Dazu hab' ich keine Zeit. Was soll ich bringen?“

Er fühlte es, daß die Genossen ihn verspotteten, und suchte so rasch wie möglich von ihnen loszukommen. Ich fragte ihn, wie er dazu gekommen sei, Kellner zu werden, während er doch immer Mönch habe werden wollen.

„Ach? Mönch? Daß ich nicht wüßte,“ lautete seine Antwort. „Und Kellner bleib' ich auch nicht lange . . .“

Bier Jahre später traf ich ihn in Sarizon, er war immer noch Kellner. Später las ich dann in der Zeitung, daß Foma Tuschlow bei einem Einbruchsdiebstahl ertappt und verhaftet worden sei.

Einen besonders tiefen Eindruck machte auf mich die Geschichte des Maurers Ardalion, des ältesten und tüchtigsten Arbeiters in Petruschas Kolonne. Auch diesem vierzigjährigen, schwarzbärtigen, munteren Menschen konnte man nicht ansehen, ohne sich zu fragen, weshalb nicht er, sondern Peter der Unternehmer war. Er trank nur selten Brantwein und war kaum jemals berauscht, verstand sein Handwerk ausgezeichnet und arbeitete mit Lust — die Ziegelsteine flogen nur so wie

rote Tauben durch seine Hände. Der magere, kränkliche Peter nahm sich neben ihm höchst kläglich und überflüssig aus.

„Für andre bau' ich steinerne Häuser, um für mich selbst einen hölzernen Sarg zu haben,“ pflegte Peter zu sagen, während Ardalion, selbst hurtig zugreifend, die Genossen heiter anfuerte:

„Immer arbeitet, arbeitet, Kinder, zur Ehre Gottes!“

Er erzählte allen, er wolle im nächsten Frühjahr nach Sibirien gehen, nach Tomsk, wo sein Schwager ein großes Stück Arbeit bei einem Kirchenbau übernommen habe; er solle da eine Stelle als Aufseher bekommen.

„Die Sache mach' ich bestimmt,“ sagte er, „auf 'nem Kirchenbau hab' ich mich schon lange gespitzt. Wie wär's, wenn du mitkäme!“ Ichug er mir vor. „In Sibirien geht ein Mensch, der lesen kann, nicht zugrunde. Kannst dort dein Glück machen, Junge — ich rede im Ernst, nicht zum Spaß!“

Ueber Peter und Grigorij spöttelte er gutmütig, wie ein Erwachsener über Kinder.

„Prahlhänse sind sie,“ meinte er zu Ossip, „jeder sucht dem andern zu zeigen, wie pffiffig er ist.“

„Das Prahlhänse ist dem Menschen nun mal eigen,“ erwiderte Ossip, „auch die jungen Mädchen tragen den Busen vorn . . .“

„Haben immer den Herrgott im Munde, und denken dabei nur ans Geldmachen . . .“

„Nun, Grigorij hat noch nicht viel Geld gemacht . . .“

„Ich rede auch mehr von meinem Peter. Wenn's ihm schon so um Gott zu tun ist, sollte er in den Wald gehen und Einsiedler werden . . . Ach, ich hab' hier schon alles über — zum Frühjahr geht's nach Sibirien, abgemacht!“

Die übrigen Arbeiter beneideten Ardalion und sagten: „Ja, wenn wir auch so einen Schwager in Tomsk hätten, würde uns Sibirien schon gefallen!“

Und plötzlich war dann Ardalion verschwunden. An einem Sonntag verließ er das gemeinsame Quartier der Maurer, und drei Tage lang wußte kein Mensch, wo er steckte. Alle möglichen Vermutungen wurden laut:

„Bleibst du hat ihn jemand kalt gemacht?“

„Oder er ist baden gegangen und ertrunken?“

Endlich löste sich die Vermutung das Rätsel:

„Denk' euch: Ardalion ist auf den Bummel gegangen!“

erklärte er mit einer Miene, die auf ein schlechtes Gewissen schließen ließ.

„Wag' doch nicht!“ verjegte Peter ungläubig.

„Ich sag's euch! Er lumpst herum und läuft. Ist ganz in Brand geraten, richtig von mitten heraus, wie 'ne Kornbarre. Aus Gram geschieht es, seine Frau soll gestorben sein . . .“

„Er ist doch Witwer! Wo steckt er denn?“

(Fortsetzung folgt.)

# Um das Schutzgesetz der Republik.

## Beratung des Schutzgesetzes im Rechtsauschuss.

Bei der am Freitag fortgesetzten Beratung des Gesetzes zum Schutz der Republik schlägt Abg. Dell (Ztr.) im Namen des Unterausschusses folgende Formulierungen des Gesetzes vor:

§ 1. Wer an einer Vereinigung oder Verabredung teilnimmt, zu deren Zielen es gehört, Mitglieder einer republikanischen Regierung des Reichs oder eines Landes oder Mitglieder des Reichstags oder eines Landtags oder andere Personen aus Gründen, die in der Stellung dieser Personen im öffentlichen Leben liegen, durch den Tod zu beseitigen, wird mit Zuchthaus nicht unter fünf Jahren oder mit lebenslangem Zuchthaus bestraft.

§ 2. Wer an der Verfolgung dieser Ziele eine Tötung begangen oder versucht worden, so wird jeder Teilnehmer an der Vereinigung oder Verabredung, der diese Ziele kannte, mit dem Tode oder mit lebenslangem Zuchthaus bestraft.

§ 3. Wer an einer Verbindung der in § 1 des Strafgesetzbuchs bezeichneten Art teilnimmt, wird mit Zuchthaus bestraft, wenn die Verbindung ein in § 1 Abs. 1 genanntes Ziel verfolgt.

§ 4. Der Teilnehmer an einer in den §§ 1, 2 bezeichneten Vereinigung, Verabredung oder Verbindung bleibt straflos, wenn er der Behörde oder der bedrohten Person von dem Bestehen der Vereinigung, Verabredung oder Verbindung, von den ihm bekannten Mitgliedern und ihrem Verbleib Kenntnis gibt, bevor in Verfolgung der Ziele der Vereinigung, Verabredung oder Verbindung eine Tötung begangen oder versucht worden ist.

§ 5. Dem Teilnehmer an einer in den §§ 1, 2 bezeichneten Vereinigung, Verabredung oder Verbindung liegt gleich, wer die Vereinigung oder Verbindung oder einen an der Verabredung Beteiligten mit Tat oder List, insbesondere mit Geld, unterstützt.

§ 6. Wer einen anderen begünstigt (§ 257 des Strafgesetzbuchs), der eine in § 1 Abs. 1 genannte Person vorzüglich tötet oder zu töten versucht hat oder der an einer solchen Tat teilgenommen hat, wird mit Zuchthaus bestraft.

§ 7. Wer von dem Dasein einer in den §§ 1, 2 genannten Vereinigung, Verabredung oder Verbindung oder von dem Plan, eine in § 1 genannte Person zu töten, bestimmte Kenntnis hat, wird mit Zuchthaus, bei mildernden Umständen mit Gefängnis, bestraft, wenn er es unterläßt, von dem Bestehen der Vereinigung, Verabredung oder Verbindung von den ihm bekannten Mitgliedern, ihrem Verbleib oder von der geplanten Tötung und der Person des Täters der Behörde oder der bedrohten Person unverzüglich Kenntnis zu geben.

Diese Vorschrift findet keine Anwendung, wenn die Anzeige gegen einen Angehörigen oder von einem Geistlichen oder Verteidiger in Ansehung dessen, was ihm bei Ausübung der Seelsorge oder des Berufs anvertraut worden ist, hätte erstattet werden müssen. Angehörige im Sinne dieser Vorschrift sind: Verwandte und Verwandte auf- und absteigender Linie, Ehegatten, Geschwister und deren Ehegatten und Verlobte.

Genosse Rosenfeld fordert erneut Bestimmungen, die jede Anwendung des Gesetzes gegen links ausschließen. Der Reichstag würde sich lächerlich machen, wenn er eine Formulierung beschließen würde, die auch solchen Personen einen besonderen Schutz gibt, welche der Republik feindlich gegenüberstehen und sie womöglich mit allen Mitteln bekämpfen.

Justizminister Kadbruch wünscht diese Frage zusammen mit einer Schlussbestimmung zu beraten, in der eine verschärfte Bestrafung von Mordversuchen aller Richtungen vorgesehen werden soll. Abg. Hoffmann-Kalkreuth (Soz.) verlangt den Schutz nur für diejenigen Männer und Frauen des öffentlichen Lebens, die bei ihrem Eintreten für die Republik der Gegenstand von Angriffen sind.

Abg. Düringer (Dnt.) wirft dem Abg. Hoffmann und Rosenfeld vor, daß sie Mordversuche gegen monarchistische Abgeordnete schützen wollen. (Lebhafte Widerspruch der beiden sozialdemokratischen Fraktionen.) Damit werde der Boden der Gerechtigkeit verlassen und die Republik für die Zukunft unterminiert.

Genosse Leo erklärt, daß die Tendenz des Gesetzes nicht die sei, Personen zu schützen, sondern die gefährdete Republik, wenn Personen angegriffen werden, die der Republik dienen. Gegen Mordversuche reicht (?) allein der Schutz des Strafgesetzbuchs aus, der auch den Deutschnationalen zuteil wird. Dieses Schutzgesetz der Republik darf nur solche Personen schützen, in denen die Republik getroffen wird.

Abg. Hoffmann (Soz.) und Genosse Rosenfeld protestieren gegen die Unterstellungen Düringers, und auch Abg. Koch (Dem.) wendet sich gegen den deutschnationalen Redner. Er weist darauf hin, daß nach dem Gesetzentwurf in Bayern sogar Herr von Rohr als früheres Mitglied einer republikanischen Regierung geschützt werde.

Auf Antrag der beiden sozialdemokratischen Fraktionen werden die Bestimmungen über einen besonderen Schutz aller im öffentlichen Leben stehenden Personen gestrichen und eine allgemeine Schlussbestimmung angenommen, nach der mit Gefängnis nicht unter einem Jahr bestraft wird, wer mit einem anderen ein Verbrechen des Mordes verübt. Der § 1 wird nach den Vorschlägen des Unterausschusses angenommen.

Zur Frage der Bekämpfung gewisser Personen von der Pflicht zur Anzeige bevorstehender Gewalttätigkeiten gegen die Republik verlangt Genosse Leo die Streichung aller Namen. Man darf nicht Geistliche, Verteidiger oder Familienmitglieder von der Anzeigepflicht ausnehmen. Ueber den Schutz der Familie und den Schutz der Beziehungen des Täters zum Geistlichen oder Verteidiger darf nicht das Interesse des Staates außer acht gelassen werden. Das Interesse des Staates auf Schutz gegen Gewalttätigkeiten legt allen die Pflicht zur Anzeige auf. Der Staat hat auch während des Krieges nicht auf das Interesse der Mütter Rücksicht genommen, daß ihre Kinder am Leben blieben. Erst heute dürfen jetzt nicht Familienangehörigen ausreichen, um von der Pflicht zur Anzeige zu befreien. Die Familien dürfen nicht weiter Pfanzentren der Mordzentralen bleiben.

Abg. Schäding (Dem.): Wir wollen nur die Geistlichen von der Anzeigepflicht befreien.

Abg. Kahl (D. Sp.): Es ist eine Frage der Menschlichkeit, das Staatsinteresse nicht über die zarten Familienbeziehungen zu stellen.

Abg. Dell (Ztr.): Wenigstens die Verteidiger sollten von der Anzeigepflicht ausgenommen werden.

Genosse Leo: Es gibt Verteidiger, die in engster Verbindung mit den Mordzentralen arbeiten.

Genosse Leo: Bei der Untersuchung des Erzbergermordes ist wiederholt festgestellt worden, daß Anwälte mit den Mörderern Erzbergers in Verbindung standen, die ihrer ganze Kenntnis aufwendeten, um die Untersuchung zu erschweren.

Abg. Dell: Nach diesen Mitteilungen sind wir bereit, auf die Ausnahme der Verteidiger zu verzichten.

Bei der Abstimmung wird die allgemeine Anzeigepflicht festgesetzt und gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen mit den Stimmen des Zentrums und der Demokraten die Ausnahme von der Anzeigepflicht für die Geistlichen beschlossen.

Bei § 2 verlangt Genosse Leo eine allgemeine Bestimmung, nach der eine Bestrafung nur eintritt, wenn der Täter die Pflicht hatte, die republikanische Staatsform herabzuwürdigen oder verächtlich zu machen und die Wiedereinführung der Monarchie zu ermöglichen.

Nach längerer Beratung, an der auch Abg. Wiffel für die Sozialdemokraten sich dem Wunsch des Genossen Leo anschließt, wird die Formulierung des § 2 dem Unterausschuss überlassen.

Bei § 3 wird die Frage behandelt, ob diejenigen, die auf Grund des § 1 des Gesetzes wegen eines Verbrechens bestraft werden, aus bestimmten Orten des Reichs ausgewiesen werden sollen, an einem bestimmten Orte des Reichs zu wohnen. Befehres wird beschloffen. Auf Antrag der beiden sozialistischen Fraktionen wird gegenüber

Ausländern, die aus diesen Gründen bestraft sind, beschloffen, daß sie aus dem Reichsgebiet ausgewiesen werden müssen.

Bei § 4 entsteht eine längere Debatte darüber, ob Beamten, die auf Grund des Schutzgesetzes bestraft werden, ihre Ämter, ihre Ansprüche auf Ruhegehalt und ob überhaupt aus öffentlichen Wahlen hervorgegangene Rechte verurteilten abzurufen sind. Die Deutschnationalen und Deutschen Volksparteier vertreten den Standpunkt, daß die wohlverwahrten Rechte der Beamten auf Ruhegehalt unter keinen Umständen in allen Fällen aufgehoben werden dürfen. — Genosse Leo und die Abgg. Wiffel, Hoffmann (Soz.), Schäding (Dem.) treten diesen Ausführungen entgegen. Schließlich wird der sozialdemokratische Antrag angenommen, der dahin geht, neben jeder Verurteilung zu Todes- oder Zuchthausstrafe bei Beamten und Militärpersonen auf Verlust aller Ruhegehaltsansprüche zu erkennen. Auch kann auf Verlust der aus öffentlichen Wahlen hervorgegangenen Rechte erkannt werden. Bei Beamten oder Militärpersonen im Ruhestande ist auf Verlust des Ruhegehalts zu erkennen. Ueber die weitere Frage, ob auch in anderen Fällen das Gericht das Recht haben soll, Ruhegehalts- und sonstige Ansprüche den Beamten abzurufen, soll nach der Unterabstimmung beraten.

Damit hätte der Ausschuss die Strafbestimmungen über den Schutz der Republik vorläufig erledigt, vorbehaltlich der noch ausstehenden Beschlüsse des Unterausschusses.

Abg. Warmuth (Dnt.) beantragte nunmehr Vertagung. Genosse Rosenfeld trat ihm mit der Forderung entgegen, daß augenblicklich nichts wichtiger sei als die Beratung dieses Gesetzes. Es wurde alsdann die Weiterberatung fortgesetzt.

Der Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik soll nach den Vorschlägen der Regierung beim Reichsgericht errichtet werden. Er soll aus sieben vom Reichspräsidenten zu ernennenden Mitgliedern bestehen, von denen drei Mitglieder des Reichsgerichts sein sollen, während die übrigen vier nicht die Fähigkeit zum Richteramt zu haben brauchen.

Schon diese Bestimmungen gehen den Bürgerlichen zu weit, während die beiden sozialdemokratischen Fraktionen beantragen, daß der Staatsgerichtshof in Berlin zu errichten ist und der Gerichtshof nur aus einem Richter und sechs Laien bestehen soll. Die Debatte beginnt mit einem scharfen Vorstoß des Abg. Penzler (B. Sp.): Nichts ist so schwer tragbar für Bayern, als der Staatsgerichtshof mit seinem Eingreifen in die Justizhoheit der Länder. — Genosse Leo: Allerdings werden mit den Vorschlägen über den Staatsgerichtshof innerpolitische Probleme berührt, aus denen schwere Konflikte entstehen können. Dieser Tatsache müssen wir ruhig ins Gesicht sehen.

Der Sabotage des Reichsgebäudes durch Bayern muß ein Ende gemacht werden.

Bayern muß zur Beachtung der Verfassung angehalten werden. Es geht nicht, daß Bayern sich weigert, Reichsgesetze durchzuführen. Die Organisation C wäre längst erledigt, wenn die bayerischen Organe zugegriffen hätten. Wer weiß, ob Erzberger und Raizenau ermordet wären, wenn Bayern seine Verpflichtungen voll erfüllt hätte. Preußen hatte im Jahre 1853 in einer weniger gefährlichen Situation einen Staatsgerichtshof zur Bekämpfung hochverrätherischer Bestrebungen eingesetzt. Die preussische Regierung hat damals die Geschworenengerichte abgeschafft und sich auf das Beamtentum zurückgezogen. Wenn die Republik sich jetzt sichern will, muß sie den umgekehrten Weg beschreiten und zum Laien Justiz nehmen, weil das Beamtentum verläßt hat. — Abg. Schäding (Dem.) schlägt für seine Fraktion vor, daß die drei Reichsgerichtsräte auf Vorschlag des Reichspräsidenten aus der Mitte des Reichsgerichts und die vier Richter mit Zustimmung des Reichsrats vom Reichspräsidenten ernannt werden. Es ist nicht richtig, Parlamentarier zu Richtern zu machen.

Abg. Dell (Ztr.): Man sollte sich der Angriffe auf die einzelnen Länder in diesem Augenblick enthalten. Wir wünschen, daß die Mitglieder des Reichsgerichts auf Vorschlag des Reichspräsidenten und die übrigen Mitglieder des Staatsgerichtshofs nach Anhörung des Reichsrats ernannt werden.

Abg. Hamm (Dem.) erklärt für die bayerische Regierung: Ich kann nur warnen, den Bogen zu überspannen. Bayern sabottiert nicht die Reichsverfassung. (Jurist der Soz.: Die Verfassung schmerzt!) Die gegenwärtige bayerische Regierung hat sich bemüht, alle Hemmungen zwischen dem Reich und Bayern zu beseitigen. (Jurist der Soz.: Organisation C.) Die Mörder stammen nicht aus Bayern. Wenn die Demonstration am Dienstag nicht in Aussicht gestanden hätte, als der Reichsrat am Montag beriet, hätten dieselben die bayerischen Vorschläge im Reichsrat eine freundlichere Aufnahme gefunden. Man muß Verständnis haben für die Verhältnisse in Bayern.

Justizminister Kadbruch: Die Verfügung des bayerischen Innenministers, daß der Vollzug von Anordnungen des Oberreichsanwalts bis zur Befreiung des bayerischen Innenministers hinausgezogen werden soll, steht im Widerspruch zur Reichsverfassung. Eine solche Anordnung ist in Bayern in der Tat ergangen. Den Anträgen des Zentrums und der Demokraten widerspreche ich.

Darauf vertagte sich der Ausschuss auf Sonnabend.

In dem gestrigen Bericht über die Besprechung des Gesetzes zum Schutz der Republik im Rechtsauschuss des Reichstags ist ein Fehler unterlaufen. Der zweite Absatz der Ausführungen des Abg. Stresemann ist dem Volksparteier irrtümlich zugeschoben. Diese Ausführungen sind von dem Justizminister Kadbruch gemacht worden.

## Reichstag.

Sitzung vom Freitag, den 7. Juli 1922.

Die Sitzung wird 4 Uhr 15 Minuten durch den Präsidenten eröffnet.

Der Präsident erteilt dem abwesenden Abg. Walle (Dnt.) unter Gelächter der Linksparteien wegen „Krankheit“ 14 Tage Urlaub.

Reichswehrminister Geßler hat wegen der gestern erhobenen Einwände gegen die Reichswehr die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses gefordert. Dieses Erluchen wird zunächst im Kesteneraal debattiert werden.

Nach Erledigung einer Anfrage wird die Beratung der sozialistischen Interpellationen fortgesetzt. Aus dem deutschnationalen Abgeordneten Heisel zur Fortsetzung seiner gestern abgebrochenen Rede das Wort erteilt wird, begeben sich die sozialistischen Parteien, die Demokraten und das Zentrum aus dem Saal. Heisel beschränkt sich auf ein paar zehne Bemerkungen und schließt mit den Worten: „Wenn das Nationalgefühl in unserem Volke erst wieder entstanden ist, dann werden für uns süßlich wertvolle Früchte aus diesem Krieg reifen.“

Abg. Geßler (Dem.): Wenn gestern Abg. Heisel die Dolchstoßlegende hier vorgebracht hat, dann möchte ich ihm als Kronzeugen den Kronprinzen gegenüberstellen, der erklärt hat, daß der Zusammenbruch unseres Heeres Anfang August besiegelt war. (Hört, hört! links bis zur Mitte.) Das deutsche Heer im Westen schmolz immer mehr zusammen, völlig ausserhalb Truppen füllten die Armeen unserer Gegner. Im Herbst 1917, binnen sechs Wochen, schmolzen unsere Divisionen von 96 auf 45 zusammen. Die Franzosen hatten doppelt so viele Truppen. Und als wir am 1. November nur noch 36 Divisionen hatten, von denen nur fünf wirklich angriffsbereite Reiterdivisionen waren, standen uns im Westen 108 Divisionen gegenüber. (Stürmisches Hört, hört! links und in der Mitte.) — Der übrige Teil der Rede des Demokraten ist eine Vertiefung des Ministers Geßler und der Reichswehr.

Abg. David (Soz.) widerlegt das längere die Dolchstoßlegende.

Die Westfront war zusammengebrochen, die Ostfront war allerorts zusammengebrochen, Deutschland war reiflos isoliert. Die Gegner schritten tagtäglich Reserven an die Front. Die Reserven waren die Amerikaner, die nach dem Ausspruch eines deutschnationalen Führers „weder schwimmen noch fliegen“ konnten. Generaloberst von Böhme war im Herbst 1918 bei mir, um mich zu fragen, ob man nicht noch einmal eine Volkserhebung in Massen wie 1914 machen könne, damit neue Kräfte in die Truppen geworfen werden könnten. Eine solche Volkserhebung war ganz unmöglich. Und auf meine Frage, wie lange sich das Heer bei einer solchen, praktisch ganz unmöglichen Stärkung noch halten könnte, erwiderte der Generaloberst, um Monate könne es sich gar nicht handeln, sondern nur um Wochen. Was ich wissen wollte, was damit für unsere Situation politisch gewonnen sei, erwiderte er nichts.

Abg. Feßlich (KPD.) bringt bei völlig leerem Hause Material vor, das die Verbindung der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei mit den Selbstschutzorganisationen beweist. Deutschnationalen und deutschvölkische Reichstagsabgeordnete sind Mitglieder eines nationalistischen Klubs, dessen Bestehen man damit am besten aufzeigt, wenn man mitteilt, daß in seinen Räumen die Organisation Rohbad ihre Sitzungsabende abgehalten hat. Der Reichskommissar für öffentliche Ordnung sabotiert die Auflösung der Selbstschutzorganisationen. Das Programm der Organisation C fordert die „Tötung der Franzosenbengel durch Gift oder Stahl.“ (Hört, hört! links.) In den Selbstschutzorganisationen ist eine einzige große Armee zusammengestellt, die im gegebenen Moment das bayerische Reich über den Haufen rennen wird.

Nächste Sitzung Montag, den 10. Juli, nachmittags 5 Uhr.

## Landtag und Schutzgesetz der Republik.

Sitzung vom 7. Juli 1922.

Der Antrag der Koalitionsparteien, Erhöhung der Leuzerungszuschläge zu den Gebühren der Notare, Rechtsanwälte und Gerichtsvollzieher und zu den Gerichtskosten wird angenommen. — In der zweiten und dritten Beratung des Gesetzentwurfs zur Wänderung des Mittelschullehrer-Dienstverhältnisses ergreift u. a. das Wort:

Abg. Holz (USP.): Die Mittelschullehrer sollen nach den Anträgen höher eingestuft werden, in Gruppe 9 und 10. Ihre Tätigkeit ist genau ebenso wichtig wie die der Berufsschullehrer und Studienräte. Dasselbe gilt von den Volksschullehrern.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes über Selbständigkeitrechte für Obereschleien.

Abg. Eichenstein (USP.): Wir lehnen das Gesetz ab, weil wir in Obereschleien Schulunterricht und Jugendpflege nicht der Kirche ausliefern wollen. Die obereschleische Bevölkerung hat Nationalismus und Militarismus, französischen und deutschen, fast. Die Regierung wird ihr Vertrauen gewinnen, wenn endlich wirklich republikanisch regiert wird. (Bravo! links.)

Der Gesetzentwurf wird angenommen.

Nunmehr wird die Besprechung über das Amnestiegesetz und die Gesetze zum Schutz der Republik fortgesetzt. (Einzelbesprechung der Paragraphen mit beschränkter Redezeit.)

Gegen die Fassung der §§ 1 und 2 des Amnestiegesetzes spricht Frau Abg. Wollstein (KPD.), der dieselben nicht weit genug gehen. Ein diesbezüglicher Antrag der Kommunisten wird abgelehnt. In namentlicher Abstimmung wird abgelehnt § 3 des Gesetzentwurfs, der Straffreiheit auch gewährt will für Straftaten aus Anlaß des Ehrenabnehmens im Februar 1922. Für den § 3 stimmen nur die drei Linksparteien.

Bei der Beratung des § 4 entspinnt sich eine längere Debatte, da die Kommunisten und Unabhängigen jede der in diesem Paragraphen vorgesehenen Einschränkungen der Amnestie vermeiden wollen.

Abg. Eichenstein (USP.) führte aus: Wir sind gegen die Amnestierung gemeiner Verbrechen. Aus Mißtrauen gegen unsere Richter, die häufig den Tatbestand verdrehen und gemeine Verbrechen konstruieren, wo nur politische Delikte vorliegen, stimmen wir gegen den Paragraphen. — Die Abstimmung ergibt die Annahme des § 4 mit 271 Stimmen der Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten gegen 48 Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten.

In der Schlussabstimmung wird das Gesetz in der Fassung des Ausschusses nach Ausschaltung des § 3 in zweiter Lesung angenommen.

Nunmehr erfolgt die zweite Lesung des Gesetzentwurfs zur Wänderung des Gesetzes über die Dienstvergehen nicht-richterlicher Beamten, die Verlegung derselben in andere Stellen oder in den Ruhestand. Das Gesetz will solche Beamte, die in der Öffentlichkeit demonstrieren oder agitatorisch durch Mißbrauch ihrer amtlichen Stellung Bestrebungen, die gegen den Bestand der Republik gerichtet sind, unterstützen und die im Rückfalle schuldig werden, mit Entlassung aus dem Amte bestrafen. Um die Möglichkeit einer weitherzigen Auslegung von vornherein zu beseitigen, wurde von den Unabhängigen beantragt, „demonstrativ und agitatorisch“ zu streichen. Der Antrag wurde abgelehnt. Der Gesetzentwurf stellt weiter die Befreiheit an die höchsten Stellen wieder her, bringt also die Befreiung der berücksichtigten Bez. Kron. Die völlig einseitig reaktionär zusammengesetzten Disziplinarräte werden ab 15. Juli aufgelöst.

In zweiter Lesung wird der Gesetzentwurf betreffend die Dienstvergehen der Richter und deren unfehlbare Verurteilung in den Ruhestand beraten, der ähnliche gesetzliche Maßnahmen gegen Richter vorsieht, die sich antirepublikanisch betätigen. Der Gesetzentwurf wird in zweiter Lesung angenommen.

In der dritten Beratung des Gesamthaushalts kam es nochmals zu einer Abrechnung mit den Deutschnationalen. Der Abg. Dr. Köhler (Dnt.) erklärte in seiner Rede, daß seine Fraktion gegen den Etat des Ministerpräsidenten stimmen werde.

Abg. Hellmann (Soz.): Der Bergstreit zwischen dem Sozialistengesetz mit dem jetzigen Nationalistengesetz ist eine äble Geschicklichkeit. Die Sozialdemokraten haben nie gemordet, weder vor noch unter dem Sozialistengesetz. Herr Köhler hat sich heute neu zur deutschvölkischen Grundtatsache bekannt. Ein deutschvölkischer Landesvorsteher ist zuständig, die Mörder Herdens gebunden zu haben. So sind deutschvölkische und deutschnationalen Mörder und Hochverläter.

Bei der Beratung des Kultusetats nimmt das Wort der Abg. Dr. Wenz (USP.): Der Minister Wenz hat an die Lehrerhaft einen Aufruf gerichtet, in der sie ermahnt wird, bei der Jugend die furchtbare Verwilderung der Sitten wirksam zu bekämpfen, im Hinblick auf das Verbrechen an den Minister Dr. Rathenau. Dieser Aufruf könnte bei Optimisten die Hoffnung erwecken, daß Herr Wenz schonungslos gegen alle diejenigen Väter vorgehen wird, die nicht nur den Kampf gegen die Verwilderung der Sitten bei der Jugend anvertrauten Jugend vernachlässigt, sondern durch ihre deutschnationalen Wähler die Sittenverwilderung der Jünglinge Führer des Volkes nach aktio fördern. In diesem Zusammenhang wies Genosse Wenz hin auf den unteren Lesern bekannten Fall des Direktors Jakobstiel vom Gymnasium in Reutlingen, der bei der Trauerfeierlichkeit für Rathenau erklärte, er wisse nicht, welche Verdienste sich dieser erworben habe. Ein zweiter Fall betrifft den Schullehrer Michaelis, der bei dem Abiturientenexamen an die Beirater die Frage richtete: „Warum verdient die Revolution von 1918 die „lächerliche“ genannt zu werden?“ (Hört, hört! links.)

Der Kultusminister erwiderte, daß er über diese Fälle Bericht angefordert habe.

# Groß-Berlin

## Die Zeit!

Dem deutschen Proletariat gewidmet.

Die Zeit: sie türmt!  
Der Falke fliegt!  
Der Wille türmt!  
Der Glaube siegt!

Das Ziel ist klar!  
Der Morgen winkt!  
Was gestern war  
Zu Grabe sinkt!

Das Herz schlägt roll!  
Der Wind singt heil!  
Die Flamme loht!  
Der Flug fliegt schnell!

Die Stirnen hoch!  
Die Banner fahn!  
Und unser Loht?  
Das Eichengrün!

Mag Dortu.

## Ist das in Berlin möglich?

Nach dem Kapp-Putsch wurden in der Berliner Verwaltung eine Reihe von Kräften, die die Kapp-Bewegung aktiv unterstützt hatten, auf Drängen der Arbeiterschaft entlassen. Aber die Bureaucratie spottet aller Widerstände. Sie weiß immer andere Auswege. So hatte der Gesamtbetriebsrat wegen der Entlassungen von Kapp-leuten Beschwerde erhoben. Der Magistrat antwortet auf die Beschwerde mit folgendem, geradezu klassischem Dokument:

Berlin, den 28. Juni 1922.

Auf das Schreiben vom 22. Mai 1922.

Wir haben die feinerzeit im Interesse des Arbeitsfriedens zur Verfügung gestellten Arbeiter des Vieh- und Schlachthofes und der Gaswerke, darunter den Gasarbeiter Krüger, als Anwärter in Beamtenstellungen untergebracht, nachdem deren Weiterbeschäftigung in einer Besprechung vom 11. Oktober 1921, zu der auch zwei Vertreter des Gesamtbetriebsrats hinzugezogen worden sind, vereinbart worden war, zahlen ihnen nach der Befolgsungsordnung für Beamte Gehalt und werden sie, sobald die in Frage kommenden Staatsbehörden und die Stadiverordnetenversammlung zugestimmt haben, zu Beamten zu ernennen. Ein Mitbestimmungsrecht des Gesamtbetriebsrats kommt hiernach nicht in Frage.

gez. Lange.

Aus dem Magistratsdeutsch in gemeinverständlichem Lateinisch übertragen heißt das also — der Magistrat hat die guten Kapplute einfach — verschoben. Das Einspruchsrecht des Betriebsrats umgeht man dadurch, daß man sie zu Beamtenanwärtern macht. Bei Gelegenheit holt man sich die sichere Zustimmung der bürgerlichen Mehrheit, und das Reichsland ist gerettet. Es lebe die Republik! — Das Schriftstück trägt die Unterschrift — Lange. Eine bescheidene Anfrage: Ist das der sozialdemokratische Stadtsyndikus? U. M. W. G.

## Volksfest in Falkenberg.

Immer, wenn auf dem Felde sich die reisenden Halme wägen, wenn die Ähren in üppiger Farbenpracht prangen, und wenn an Hag und Saun die warme Sonne Tausende bunter Lichtlein entzündet hat, rufen unsere Vorväter zu Dankfesten. Auf wenige Stunden wird dann die Arbeit über Frohmut und Freude abgelöst. Nicht immer haben sich diese Feste über die Banalität größtmöglicher Erwerbszweck gewordenen Jahrmärkten sammelt, und wirkliche Ursprünglichkeit und Volkstümlichkeit hat sich bisher eigentlich nur das Sommerfest jener bunten Siedlung errungen, die sich am Fuße des rothleuchten, dicht beim Bahnhof Oranienau gelegenen Falkenberges ausbreitet. Hier wird die Freude nicht der Zufälligkeit überlassen, hier herrscht die mehr Verbundenheit und klug verheißene Verehrung. Nichts abt da der Teilnehmer von den langen Vorbereitungen. Das Fest erstreckt sich als es spontan aus der Festesfreude selbst erwachse. Das gelingt unseren Falkenberglern nicht zuletzt deswegen so vortrefflich, weil sie ihre Feste auch nicht von der Gegenwart loslösen. Es ist vielmehr als ob ihre täglichen Sorgen und Klagen, ihr Wollen und Trachten nur in einer anderen, höheren Form wiederkehren. Und waren es im vergangenen Jahre mehr die lokalen Ädis, die dem Feste ihren Stempel aufdrückten, so sind es diesmal die größeren, jeden und uns alle angehenden: der Wellkauf des Dollars, König Mammons Siegeszug, der Tanz ums goldene Kalb, das Steuerjahr, Nothilfe und Rotenplage, die ausgeübte Sozialisierung, deren Reich schon 1919 in Riesenplaneten überall verstanden war, kurz: Alles, was jeder unserer Veranlassungen, was unserer ganzen Bewegung Inhalt und Ziel gibt, bildet hier auch Untergrund des Festes, nur daß sich kein Redner vordrängt, sondern das Volk Klage und Anklage selbst erhebt und sie, statt in schwülstige Resolutionen, in packende und launige, den Kampfesmut neu belebende Bilder auflöst.

Diese innige Verbindung mit dem Leben ist es denn ganz besonders, was die Sommerfeste in Falkenberg über die üblichen und manchmal gar läblichen Feste anderer hinausträgt und sie zu wahren Volksfesten erhebt. Es ist also mehr als bloßes Spiel und Sonntagsgelächter, zu dem die Falkenberger auch dieses Jahr wieder einladen: es ist Kundgabe von Volksnöten und Volkswillen und schon deswegen wäre zu wünschen, daß namentlich die Arbeiterschaft starke Teilnahme befinde.

## Stolz weht die Flagge Schwarz-Weiß-Rot.

Ein Minister der Republik wird ermordet. Das ganze Land zittert vor Erregung, will Sicherheit vor den Mordbanden, die mit ihren Reihen ganz Deutschland umspannen. Die Arbeiterschaft demonstriert in Millionen-Rundgebungen. Endlose Züge ziehen am Dienstag durch die Invalidenstraße und dann an der Kaserne vorbei, die die Truppen der Republik beherbergt. Sie sind doch gewiß ihr sicherster Schutz, allzeit bereit — die Republik zu schützen. Darum löst auch aus dem 3. Stockwerk der Kaserne weithin über die Demonstration das schöne, stolze, echt „republikanische“ Lied „Stolz weht die Flagge Schwarz-Weiß-Rot“. — Woju auch haben wir 100000 Mann und den „Demokraten“ Bekker an der Spitze? Wann wird da endlich mal mit eisernem Besen ausgekehrt?

## Bundesfest in Leipzig.

Alle Teilnehmer, die Mitglieder des Turn- und Sportvereins „Fichte“ Berlin sind, müssen sofort das Fahrgehalt im Betrage von 33 M. für Hin- und Rückfahrt, wenn auch mit dem Sonderzug zurückgefahren wird, 66 M., für Jugendliche unter 20 Jahren 25,50 M. mit Rückfahrt 51 M., an den Abteilungskassierer einzahlen, derselbe muß das Geld bis spätestens Dienstag, den 11. Juli, in der Geschäftsstelle Köpenicker Straße 103 abrechnen.

Auch die Mitglieder oder Freunde, die nicht namentlich gemeldet sind, aber doch einen der Ertragzettel benutzen, haben dasselbe zu tun.

Feste Turnerschaft Groß-Berlin. Die Fahrgehalte zum Bundesfest in Leipzig (Erwachsene 34 M., Jugendliche bis 20 Jahren 25,50 M. für einfache Fahrt) müssen sofort durch die Bezirke beim Vereinskassierer eingezahlt werden. Wird Rückfahrt benutzt, ist der doppelte Fahrpreis einzuzahlen. — Abfahrt mit Zug 3 um 3.33 Uhr nachmittags, Rückfahrt 26. 7. früh.

## Die Zukunft der Berliner Häfen.

Nach Duisburg-Ruhrort ist Berlin der größte Binnenhafenplatz Deutschlands. Seine Bedeutung wird durch die Fertigstellung des Westhafens noch wesentlich erhöht. Ueber die Größe und Leistungsfähigkeit der 11 Berliner Häfen geben folgende Zahlen Aufklärung. Die gesamten Hafenanlagen umfassen einen Raum von 109,7 Hektar, die Wasserfläche 34,6 und die Landfläche 69,8 Hektar. Die Kailänge beträgt circa 12 Kilometer; gedeckte Lagerräume sind in der Ausdehnung von circa 120 150 Quadratmeter vorhanden, außerdem sind 224 150 Quadratmeter Freiladeflächen vorhanden. Zwei moderne Kohlenplätze von 35 000 Quadratmeter, ein Benzinlager, das rund 1 Million Liter faßt, gehören ebenfalls zu den Anlagen. Gleisanlagen in einer Gesamtlänge von circa 29,31 Kilometer, 71 Krane, 4 Elevatoren usw. ergänzen die Betriebe. Das in den Häfen investierte Kapital beträgt die runde Summe von ¼ Milliarde Mark. Berlin hat die denkbar günstigsten Wasserstraßenverbindungen nach Osten und Westen, nach der Nord- und Ostsee. Alle Wasserwege gestalten Schiffe mit einer Tragfähigkeit von 600 bis teilweise 1000 Tonnen den Durchgang. Nur der Landwehr- und der Finowkanal gestatten den Verkehr von Schiffen bis zu 250 Tonnen. Die Entfernungen nach den Haupthäfen betragen: Hamburg 370 Kilometer, Stettin 190 Kilometer, Breslau 425 Kilometer, Dresden 420 Kilometer und Fertigstellung des Mittelkanals nach Duisburg-Ruhrort 610 Kilometer. Auf Grund dieser günstigen Verbindungen hat Berlin und die früheren selbständigen Vororte die vorgenannten Anlagen geschaffen, und zwar in der Erwartung, daß der Güterverkehr auf den Wasserstraßen an Umfang zunehmen würde. Auf Grund dieser Erwartungen wurde auch der Westhafen beschlossen und durchgeführt. Das Gegenteil ist aber eingetreten. Dies tritt scharf in Erscheinung, wenn man die Ein- und Ausfuhr Berlins einer näheren Betrachtung unterzieht. Der Gesamtgüterverkehr in Tonnen betrug:

Jahr:	Eingang:	Ausgang:
1913	19 498 650,5 Tonnen	5 559 875 Tonnen
1914	17 340 915,5 "	5 343 933,5 "
1915	16 563 906,5 "	6 434 812 "
1916	16 790 978,5 "	7 174 346 "
1917	16 161 352,5 "	6 259 972,5 "
1918	16 048 470 "	5 444 341,5 "
1919	13 112 547 "	4 434 546,5 "
1920	13 903 114,5 "	4 269 353 "
1921	15 339 507 "	4 818 678,5 "

Aus diesen Zahlen ergibt sich, daß im Jahre 1921 an der Einfuhr gegenüber dem Jahre 1913 noch über 4 Millionen Tonnen fehlen. Doch ist seit 1919 ein ständiges Steigen zu beobachten. Bei der Ausfuhr ist ebenfalls ein Rückgang zu konstatieren, aber auch hier ist im Jahre 1921 eine Steigerung von rund 450 000 Tonnen gegen das Jahr 1920 zu verzeichnen.

Den Anteil der Eisenbahn an der Gesamtein- und Ausfuhr veranschaulichen folgende Zahlen:

Jahr:	Eingang:	Ausgang:
1913	15 676 589 Tonnen	4 661 498 Tonnen
1914	12 498 128 "	4 503 210,5 "
1915	14 022 762,5 "	5 731 331,5 "
1916	13 928 547,5 "	6 239 848 "
1917	14 755 968,5 "	5 589 939,5 "
1918	13 850 476 "	4 676 113,5 "
1919	10 700 144 "	3 454 086,5 "
1920	11 585 457,5 "	3 774 776 "
1921	13 631 637 "	4 157 055,5 "

Hier sind also die Mengen vom Jahre 1913 nahezu erreicht. Die Mindereinfuhr von rund 4 Millionen Tonnen hat demnach restlos die Binnenschifffahrt zu tragen, was aus einer Betrachtung der Zahlen, welche auf die Binnenschifffahrt fallen, zu ersehen ist.

Jahr:	Eingang:	Ausgang:
1913	5 822 061,5 Tonnen	698 389 Tonnen
1914	4 842 787,5 "	840 728 "
1915	2 539 146 "	703 480,5 "
1916	2 862 426 "	934 498 "
1917	1 405 989 "	670 083 "
1918	2 195 994 "	788 228 "
1919	2 412 403 "	980 480 "
1920	2 314 657 "	594 577 "
1921	1 807 870 "	631 618 "

Die Tendenz ist hier so, daß der Eisenbahnverkehr zu- und der Schiffsverkehr abnimmt; es tritt besonders stark in Erscheinung, wenn man die Einfuhrsziffern der Binnenschifffahrt und der Eisenbahn der drei letzten Jahre gegenüberstellt.

Jahr:	Binnenschifffahrt:	Eisenbahn:
1919	2 412 403 Tonnen	10 700 144 Tonnen
1920	2 314 657 "	11 585 457,5 "
1921	1 807 870 "	13 631 637 "

Dies Verhältnis erklärt sich bis zu einem gewissen Grade aus der Tarifpolitik der Eisenbahn, ferner daraus, daß die Binnenschifffahrt nicht so sicher disponieren kann. Auch dürfen die ewigen Schwankungen der Frachttarife in der Binnenschifffahrt eher abstoßend als anziehend wirken. Der Hauptfehler liegt jedoch an der mangelhaften Organisation in der Binnenschifffahrt.

Für Berlin ist diese Entwicklung tief bedauerlich. Hätte man dieselbe voraussehen können, so hätte man bei Speicher- und Hafenanbauten sicher anders disponiert.

Berlin muß jetzt ein lebhaftes Interesse daran haben, den Anteil der Schifffahrt an der Ein- und Ausfuhr zu steigern, denn nur wenn dies gelingt, werden die Hafenanlagen ihren Zweck nutzbar gemacht und damit ihre Rentabilität ermöglicht. Aus diesem Grunde sucht man die Interessen der See- und Binnenschifffahrt mit denen der Berliner Häfen zu verbinden. Gegenwärtig ist es so, daß fast alle Güter, die für Berlin bestimmt sind, zum größten Teil in Hamburg, aber auch an anderen Plätzen eingelagert werden und erst, wenn sie dringend benötigt, nach Berlin verfrachtet werden. Auch das Hinterland von Berlin wird in dieser Form beliefert. Hier muß eine radikale Änderung eintreten. Berlin muß eine internationale Empfangs- und Verladungshafen werden. Die Seehäfen müssen sich mit dem Umschlag begnügen, jedoch auf die Einlagerung verzichten, wodurch auch sehr wesentliche Frachtersparnisse eintreten werden. Das Problem der erhöhten Gütereinfuhr auf dem Wasserwege kann Berlin jedoch allein nicht lösen.

Die ganze Frage der Einbeziehung Berlins in den Binnenschiffsverkehr, die nicht nur eine Berliner Frage ist, ist noch nicht gelöst. In der städtischen Verkehrsdeputation sind Vorschläge gemacht worden, die großen Schiffschiffen heranzuziehen. Eine feste Form haben diese Vorschläge noch nicht angenommen. Es stehen ihnen auch erhebliche Bedenken gegenüber. Jedenfalls wird im Laufe des Jahres Klarheit geschaffen werden müssen. Aus den Berichten des Hafenbegleiters geht zudem hervor, daß die Kräfte bisher ohne jede Abkürzung im höchsten Grade ungenutzbar verbleiben und jedes Jahr Millionenzuschüsse erforderten, ohne daß sie von bürgerlicher Seite je auch nur ein Wort über diese „Rikwirtschaft“ gehört haben.

## Bettelgagen.

In den Strandbädern ist jetzt Hochbetrieb und die Hotelinhaber schaffen nur so das Geld zusammen. Woher diese Großverdiener ihren Angestellten zukommen lassen und welche entwürdigende Rolle dem Personal zugemutet wird, zeigt folgendes Schreiben des Feen-Palastes im Seebad Ahlbeck, Inhaberin Frau C. Waerfel, das an einem Russer gerichtet wurde:

„Auf Ihr Schreiben vom 29. Juni teilte ich Ihnen mit, daß ich für meine Witwobehälter zwei tägliche Schremsmüster benötige und zwar per sofort. Dienst von abends 9 Uhr bis Schluß. Gebitte umgehend Offerten.“

P.S. Da ich einen großen eleganten Barbetrieb habe, zahle ich, wie im vorigen Jahr, keine Gage; die Müster

ziffern bei den Gästen und erzielen dadurch eine höhere Gage, als wenn sie eine feste Gage hätten.“

Ran mutet also Russtern zu, daß sie sich zu Bettelmustern herabwürdigen. In diesem Falle ist der „elegante Barbetrieb“ an einen Unrichtigen gekommen und das Unternehmen zieht hoffentlich die Lehre aus dieser ihrer Unerschämtheit.

## Nachklänge zum Eisenbahnerstreik.

Ein großes Aufgebot von Eisenbahnern war zu einer Verhandlung gegen die Lokomotivführer Biegand, Vorstandsmitglied der Tarifgewerkschaft der Lokomotivführer wegen Vergehens gegen die Streikverordnung des Reichspräsidenten vor die 8. Strafkammer des Landgerichts I geladen worden. Biegand sollte nach der Anklage in den Tagen des Eisenbahnerstreiks im Februar 1922 in verschiedenen Versammlungen die Kollegen zum Streik angehetzt haben. Durch Rechtsanwalt Bohn waren circa 30 Zeugen geladen worden, die über die Tätigkeit der Angeklagten in der Streikperiode ausfragen sollten. Nach umfangreicher Beweisaufnahme beantragte der Staatsanwalt 10 000 M. Geldstrafe. Rechtsanwalt Bohn bezweifelnde die Rechtsgültigkeit der Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. Februar 1922. Durch sie sei Artikel 159 der Reichsverfassung verletzt, welcher auch den Beamten das Koalitionsrecht gewähre; auch ermächtige Artikel 48 der Reichsverfassung den Reichspräsidenten nicht, Artikel 159 außer Kraft zu setzen, denn dieser sei nicht in Artikel 48 ausgeführt. Endlich habe die Beweisaufnahme die Anschuldigung der Angeklagten erwiesen. Es sei bedauerlich, daß die Disziplinarstelle der Eisenbahndirektion Berlin angesichts dessen die Kündigung gegen den Angeklagten ausgesprochen habe, was wieder ein grelles Licht auf die mangelhafte Disziplinarverfugung werfe. — Der Gerichtshof hielt die Verordnung des Reichspräsidenten für gültig, gelangte aber aus tatsächlichen Gründen zur Freisprechung.

Das Ernährungsamt der Stadt Berlin gibt bekannt: Milchkarten. Die Vollmilchkarten für Monat August 1922 werden von den Brotkommissionen der Verwaltungsbezirke Mitte, Tiergarten, Wedding, Prenzlauer Berg, Friedrichshagen einschließlich Strauß und Kreuzberg für die Kinder im 1. und 2. Lebensjahre von Montag, den 10. bis Mittwoch, den 12. Juli 1922, für die Kinder im 3. und 4. Lebensjahre von Donnerstag, den 13. bis Sonnabend, den 15. Juli 1922 veranlagt. Außerdem werden A-Karten (für werdende Mütter) bei Anmeldung der Schwangerschaft für drei Monate (d. h. für den 7., 8. und 9. Monat der Schwangerschaft) ausgeben. Die Milchkarten müssen spätestens bis zum Dienstag, den 25. Juli 1922, in den Milchgeschäften und Kuhställen zur Anmeldung gebracht werden. Die Milchgeschäfte sind verpflichtet, die Milchkarten für Monat August 1922 bis einschließlich Dienstag, den 25. Juli 1922, zur Anmeldung entgegenzunehmen. Die Kuhställe müssen die Milchkarten für Monat August 1922 bis einschließlich Dienstag, den 25. Juli 1922, nach der Reihenfolge der Anmeldung bis zur Höhe ihrer Pflichtmilchmenge entgegennehmen. Milchkarten, die den Stempel „Nachanmeldung“ tragen, sind von sämtlichen Kleinhandelsgeschäften jederzeit und von den Kuhställen auch nach dem 25. Juli 1922 zur Belieferung entgegenzunehmen, soweit und solange die Rolke ihrer Pflichtmilchmenge durch Entgegennahme von Karten noch nicht genügt haben. Milchpreise: Von Montag, den 10. Juli d. J. beträgt der Preis für Kortenmilch 8 M. je Liter, für freie Vollmilch 11 M. je Liter. Die Preise sind für Kleinhandelsgeschäfte und Abmelkwirtschaften (Molkereien) die gleichen. Die A I und A II Milcharten werden wie bisher mit je 1 Liter, die B I und B II Milcharten sowie die Karten für werdende Mütter (A-Karten) wie bisher mit je ¼ Liter Frischmilch täglich beliefert.

Ferienpiele der „Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde“ finden statt: Pionierspiel an der Hasenheide: Mittwoch und Sonnabend von 1/3 bis 1/7 Uhr; Exerzierplatz an der einsamen Pappel: Dienstag und Freitag von 1/3 bis 1/7 Uhr; Spielplatz Wiesenstraße: Dienstag und Freitag von 2 bis 1/7 Uhr; Lichtenberg, Wagnerplatz: Mittwoch und Sonnabend von 1/3 bis 1/7 Uhr; Süden, Parkrestaurant: Dienstag und Freitag von 1/3 bis 1/7 Uhr. Nähere Auskunft erteilen die Leiterinnen des 3. Bezirks Wedding: Bogt, Ulfedomsr. 18a, Weißbrodt, Christianiastr. 11; 4. Bezirks Prenzlauer Berg: Wendi, Sablonstr. 38, Müller, Köpenhagener Str. 5; 5. Bezirks Friedrichshagen: Schmidt, Andreasstr. 12, Pohlitz, Gohlfstr. 6; 6. Bezirks Kreuzberg: Döh, Forster Str. 44, Wollstein, Liehmannstr. 5; 11. Bezirks Schöneberg: Krone, Tempelhofer Str. 16, Roeder, Hauptstr. 97; 12. Bezirks Süden: Bernan Brandenburger Str. 5; 17. Bezirks Lichtenberg: Großke, Bürgerheimstr. 5.

Der reaktionäre Elternbeirat der Volksschule in Zehlendorf scheint schlafend an den letzten Tagen vorübergegangen zu sein. Brauchte es doch der Vater der Schule, Herr Rektor Hoffmeister, fertig, eine Trauerfeier für den meuchlings ermordeten Minister Rathenau abzuhalten mit dem Slogan: „Deutschland, Deutschland über alles.“ Als unser Genosse Valentin ein erstes Wort begann und den Herren die Frage vorlegte, wer die Politik in die Schule trage, schloß einfach der Vorsitzende die Sitzung. Nachdem die sozialistischen Elternbeiräte die Sitzung verließen, tagten die bürgerlichen Herren mit dem Rektor der Schule weiter. Die sozialistischen Elternbeiräte fordern nunmehr endlich, daß die monarchistischen Bilder, als wie Wilhelm II. und Hindenburg aus den Amtsstuben der Volksschule entfernt und vernichtet werden.

Beim Baden ertrunken. Zwischen Gadow und Rodow wurde gestern abend gegen 8 Uhr die Leiche eines etwa 30 Jahre alten Mannes aus dem Banne gefunden, die nur mit einer Badehose bekleidet war. Allem Anschein nach ist also der Unbekannte beim Baden ertrunken. — Gestern abend ertrank beim Baden im Teiche der Kolonie Lindenhof bei Schöneberg der 19-jährige Arbeiter Friedl Hauße, der auch in der genannten Kolonie wohnte. Die Leiche konnte geborgen werden und wurde nach dem Schauhause in Schöneberg gebracht. — Gegenüber dem elterlichen Wohnhause Schleswiger Ufer 5 ertrank gestern nachmittags der vierjährige Günther Herwig. Er hatte von der Uferböschung aus die Füße ins Wasser gestreckt, dabei das Gleichgewicht verloren und war dabei ins Wasser gestürzt. Ein Wachtmeister der Schutzpolizei sprang ihm nach, konnte jedoch nur noch die Leiche bergen.

Bootsunfälle. Gestern abend ertrank beim Baden auf dem Tegeler See in der Nähe von Tegeler See der 23 Jahre alte Kellner Josef Hoffmann aus der Auguststr. 81. Die Leiche konnte geborgen werden und wurde dem Schauhause zugeführt. — Gegen 7 Uhr abends kenterte in der Nähe der Abteibrücke in Treptow ein mit drei Personen besetztes Boot. Alle drei waren unversehrt ertrunken, wenn nicht ein Boot des Reichswasserflugzeuges sofort herbeigekommen wäre, das alle drei Personen retten konnte.

Der Sohn als Lebensretter. Gestern nachmittag stürzte sich die 43 Jahre alte Frau Wilhelmine G. aus Weihenlee in das dortige Gemüßer. Wurde aber von ihrem Sohne gerettet und nach dem Auguste-Viktoria-Krankenhaus geschafft. Familienstreitigkeiten hatten die Unglückliche zu der Tat getrieben.

Selbstmordversuch während eines Besuches. Gestern vermittelte beklügte die 49 Jahre alte Hermine G. aus Friedenau die ihr bekannte Familie K. in der Wittenstraße in Schöneberg. In einem unbeobachteten Augenblick ergriff sie ein Küchengerät und verlor sich damit die Wunde an der durchschneiden. Sie wurde nach dem Krankenhaus Lichterfelde geschafft. Wirtschaftliche Sorgen hatten sie zu dem Schritt getrieben.

Rangierers Tod. Gestern abend wurde der 20 Jahre alte Rangierer Walter Kühn aus der Friedrichsberger Str. 15 beim Rangieren auf dem Ostbahnhof von einem Güterzuge überfahren und auf der Stelle getötet.

